

## Protokoll 03/2016

### Grosser Gemeinderat von Zug

Sitzung vom Dienstag, 12. April 2016, 17.00 – 19.55 Uhr, Kantonsratssaal,  
Regierungsgebäude, Zug

### **Begrüssung, Entschuldigungen und Trakandenliste**

**Ratspräsidentin Karin Hägi** eröffnet die dritte Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Eliane Birchmeier und Gregor R. Bruhin; die übrigen 38 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

**Ratspräsidentin Karin Hägi** geht ohne Intervention aus dem Rat davon aus, dass dieser allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigend zustimmt.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

**Nr. Traktandum**

1.	Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 2 vom 22. März 2016
2.	Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3.	Motion Jürg Messmer, SVP, vom 24. März 2016 betreffend Mitbenutzung der geplanten elektronischen Abstimmungsanlage im Regierungsgebäude Überweisung
4.	Interpellation Michèle Kottelat, glp, vom 23. November 2015 betreffend Kunststoffsammlung - Kunststoffrecycling Antwort des Stadtrates Nr. 2389 vom 8. März 2016
5.	Plan Lumière: Umsetzung Teilprojekte vom Hafen bis zum Casino; Planungs- und Baukredit Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2150.1 vom 23. Februar 2016 Bericht und Antrag der BPK Nr. 2150.2 vom 8. März 2016 Bericht und Antrag der GPK Nr. 2150.3 vom 21. März 2016
6.	Arenaplatz: Multifunktionsanlage zwischen Trainings- und Sporthalle; Objektkredit Bericht des Stadtrates Nr. 2387 vom 23. Februar 2016 Bericht und Antrag der BPK Nr. 2387.1 vom 8. März 2016 Bericht und Antrag der GPK Nr. 2387.2 vom 21. März 2016
7.	Wohnüberbauung Roost: Baukredit; Schlussabrechnung Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 1842.6 vom 2. Februar 2016 Bericht und Antrag der GPK Nr. 1842.7 vom 21. März 2016
8.	Mitteilungen

## **1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 2\_2016 vom 22. März 2016**

### **Zur Traktandenliste:**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen und somit die Traktandenliste stillschweigend genehmigt ist.

### **Zum Protokoll Nr. 2 vom 22. März 2016:**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

## 2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

### Motionen und Postulate

#### **Motion Jürg Messmer betreffend Mitbenutzung der geplanten elektronischen Abstimmungsanlage im Regierungsgebäude**

Mit Datum vom 24. März 2016 hat Gemeinderat Jürg Messmer, SVP, folgende Motion eingereicht:

„Die am 22. März 2016 durchgeführte Abstimmung betreffend der Nichtüberweisung Postulat betreffend benutzerorientierter ÖV hat es wieder einmal bewiesen. Das Auszählen der Stimmen im GGR durch Handzeichen ist umständlich und führt immer wieder zu Unstimmigkeiten. Daher musste auch diese Abstimmung wiederholt werden. Dies soll jedoch nicht als Kritik an den Stimmzählern gewertet werden. Im Gegenteil, es sind oftmals die Ratsmitglieder, welche unklare Zeichen geben. Da demnächst im Regierungsgebäude eine elektronische Abstimmungsanlage für die Sitzungen des Kantonsrats eingeführt wird, fordere ich den Stadtrat, respektive das Büro GGR auf, mit der Zuger Regierung Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, die elektronische Abstimmungsanlage jeweils auch für die Sitzungen des GGR zur Verfügung zu stellen. Dem GGR ist mit Bericht und Antrag darzulegen, wie hoch die zu erwartenden Kosten sind und wie gross der zusätzliche Aufwand für die Stimmzähler ist. Ich danke dem Stadtrat, respektive dem Büro GGR, für die wohlwollende Unterstützung dieser Motion zum Wohle eines in Zukunft klar aufgezeigten Abstimmungsergebnisses.“

**Ratspräsidentin Karin Hägi** teilt mit, dass die Motion heute unter Traktandum 3 zur Überweisung traktandiert ist.

### Interpellationen

#### **Interpellation Fraktion Alternative-CSP: Erhalt der Gartenstadt**

Mit Datum vom 11. April 2016 hat Gemeinderätin Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP folgende Interpellation eingereicht:

„Im Januar 2016 konnte das Siegerprojekt für die Neuüberbauung der 13 Häuser in der Gartenstadt besichtigt werden. Es sieht u.a. vor, die städtische Hertistrasse aufzuheben. Die Gartenstadt ist im ISOS mit dem Erhaltungsziel A aufgeführt, was die Erhaltung der Substanz fordert. Das Erhaltungsziel A ist mit der höchsten Qualität ausgezeichnet hinsichtlich:

- Räumlicher Qualität
- Architektonisch historischer Qualität
- Bedeutung

Die Gartenstadt ist ein intensiv durchgrüntes und planmässig angelegtes Arbeiterquartier. Die vorgesehene Überbauung liegt in der Zone W3, was eine Ausnützung von 0.65 und maximale Gebäudelängen von 40 m zulässt. Beim Siegerprojekt sind uns einige Punkte aufgefallen, welche uns folgende Fragen an den Stadtrat stellen lassen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat den Abriss von 13 Häusern in der Gartenstadt, obwohl die Erhaltung der Substanz beim ISOS mit dem Erhaltungsziel A gefordert ist (Abbruchverbot, Detailvorschriften für Veränderungen)?
2. Welche Auflagen hat die Stadt für den Projektwettbewerb gemacht?
3. Sind die Auflagen vom Siegerprojekt erfüllt, bzw. welche Anpassungen fordert der Stadtrat gegenüber den Eigentümern für das Siegerprojekt ein?

4. Die Hertistrasse gehört der Stadt Zug. Ist der Stadtrat bereit, die Hertistrasse an die Eigentümer zu verkaufen? Zu welchem Preis? Liegt dies in der Kompetenz des Stadtrates?
5. Sieht der Stadtrat Schwierigkeiten beim Siegerprojekt für den Zugang der Feuerwehr bzw. ist gemäss Stadtrat eine solche Überbauung feuertechnisch zulässig? Fordert der Stadtrat weiterhin ein öffentliches Wegrecht durch die Überbauung? Teilt der Stadtrat die Meinung, dass ein Durchkommen für die Anlieferung von Waren mit grösseren Autos schwierig wird, wenn sie die Hertistrasse nicht mehr in eine Richtung durchgehend passieren können, bzw. in der Hertistrasse wenden müssen?
6. Welche Ausnutzung sieht das Siegerprojekt vor? Wie viel höher ist die zusätzliche Ausnutzung gegenüber dem heutigen Istzustand? Wird die städtische Strasse in die Ausnutzung einbezogen, bzw. wie viel weniger Wohnraum könnte geschaffen werden, wenn die Stadt die Hertistrasse nicht an die Eigentümer verkaufen würde?
7. Welche Länge weisen die Häuser des Siegerprojekts auf? Werden die Grundmasse und Grenzabstände der Zone W3 eingehalten? Wenn nicht, wie gedenkt der Stadtrat gegenüber dem Siegerprojekt damit umzugehen?
8. Wie gross sind die Grünflächen bzw. Gebäudeflächen heute auf den Grundstücken der Gebäudeversicherung und der Baugenossenschaft Familia Zug? Wie sieht das Verhältnis zwischen Grün- und Gebäudeflächen beim Siegerprojekt aus? Ist der Stadtrat der Meinung, dass die verbleibende Grünfläche den Charakter der Gartenstadt noch genügend berücksichtigt?
9. Ist der Stadtrat bereit, durch die eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission ein Gutachten für die Gartenstadt erstellen zu lassen?

Wir bitten den Stadtrat um schriftliche Beantwortung.“

**Ratspräsidentin Karin Hägi:** Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

### 3. Motion Jürg Messmer, SVP, vom 24. März 2016 betreffend Mitbenutzung der geplanten elektronischen Abstimmungsanlage im Regierungsgebäude Überweisung

**Hugo Halter:** Das Büro GGR und der Stadtrat haben bereits inhaltlich Stellung genommen zu diesem Traktandum. Namens der CVP-Fraktion beantragt Hugo Halter Nichtüberweisung. Die elektronische Anlage ist nicht zwingend notwendig, sondern ein Nice to have-Thema und insgesamt zu teuer.

**Urs Bertschi:** Auch die SP-Fraktion plädiert auf Nichtüberweisung. Eventualiter sei diese Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Begründung dafür ist aber eine etwas andere: Es geht nicht darum, zu entscheiden, ob der GGR dies möchte oder nicht, sondern es geht darum, dass nicht vorzeitig falsche Signale an den Kanton ausgesendet werden, damit die Stadt am Schluss die Hälfte dieser Anlage finanziert. Dass man da vielleicht einmal den Knopf drücken kann, das mag ja sein. Urs Bertschi hält es persönlich auch nicht für geboten. Insbesondere scheint es ihm eine etwas aufgeregte Motion zu sein, nachdem unlängst wieder einmal zweimal abgestimmt werden musste. Das passiert aber in der Tat selten. Im Übrigen sind hier maximal 40 Köpfe anwesend, die sollte man noch mit den zwei ausgewiesenen und fähigen Stimmzählern auf die Reihe kriegen. Nichts desto trotz: Man braucht hier insbesondere keine Motionen auf Vorrat, also keine falschen Signale an den Kanton, dass die Stadt am Schluss die Hälfte berappt. Insofern beantragt Urs Bertschi namens der SP-Fraktion ebenfalls die Nichtüberweisung der Motion.

**Monika Mathers:** Es gibt drei Gründe, warum die Fraktion Alternative-CSP die Motion nicht überweisen will:

1. Wie aus dem Brief vom 2. Oktober 2015 von Stadtschreiber Martin Würmli an Land-schreiber Tobias Moser hervorgeht, hat das Büro des Grossen Gemeinderates das Thema bereits besprochen und dem Kanton dazu eine abschlägige Antwort gegeben. Der GGR wurde darüber schon früher informiert.
2. Abstimmungen sind in diesem Rat kaum ein Problem. Wenn es einmal passiert, dass eine Abstimmung ein- oder wie in der letzten Sitzung zweimal wiederholt werden muss, gehen einige Minuten verloren. Das ist leicht verkraftbar. Müssten aber die Stimmzähler jede Abstimmung zuerst ins System eintippen, ginge das viel länger und der flüssige Ablauf der Sitzungen mit oft auch spontanen Anträgen und Variantenabstimmungen wäre ziemlich gestört.
3. Es ist für die Fraktion Alternative-CSP nicht nachvollziehbar, dass der Motionär aus Spargründen eine Bushaltestelle, die jährlich 118'000 mal angesteuert wird, schliessen will. Und dass er von den betroffenen Personen erwartet, am Postplatz umzusteigen, natürlich mit dem dazugehörenden Zeitverlust, aber nun bereit ist, Geld auszugeben, weil vierzig Personen im GGR, die sich ganze zwölf mal im Jahr treffen, ab und zu einige Minuten verlieren, weil zwei- oder sogar dreimal gezählt werden muss.

Darum stellt die Fraktion Alternative-CSP den Antrag auf Nicht-Überweisung der Motion

**Jürg Messmer:** Was verbaut sich der GGR, wenn diese Motion heute nicht überwiesen wird? Alles! Was passiert, wenn die Motion heute überwiesen wird? Wofür verpflichtet sich der GGR? Für gar nichts. Aber der GGR erhält ein Grundlagenpapier, aus dem hervor geht, wie viel effektiv diese Abstimmungsanlage kosten würde. Dann kann der GGR daraus ableiten, wie diese Abstimmungsanlage gehandhabt wird. Auch dazu liegen bis heute keine Erkenntnisse vor. Wenn festgestellt wird, es funktioniere mit dieser Anlage dann kompliziert, dann handelt es sich schlicht um Kaffeesatzlesen. Niemand hier weiss, wie diese Anlage funktioniert - ausser man wäre im Stände- oder Nationalrat Stimmzähler und konnte dort erfahren, wie die Abstim-

mungsanlage im Bundeshaus funktioniert. Wie die Anlage, die hier eingebaut wird, funktioniert, weiss heute hier drin keiner. Nice to have und zu teuer: Jürg Messmer weiss nicht, ob das Büro GGR mehr Informationen hat als der GGR. Jürg Messmer wusste bisher nicht, was es kostet, wenn der GGR die Abstimmungsanlage nutzen möchte. Genau aus diesem Grund hat er die Motion geschrieben. Es geht ihm nicht darum, die Stimmzähler in Frage zu stellen, war er doch auch selber einmal Stimmzähler. Wenn Jürg Messmer etwas in Frage stellt, dann sind es seine Kolleginnen und Kollegen, die manchmal hier sitzen, so nach dem Motto, dass es vielleicht ein Zeichen für Ja oder zum Nachdenken oder was auch immer ist. Das sind die unklaren Signale, die aus diesem Rat hervorgehen. Jürg Messmer kritisiert mit keinem Wort die Stimmzählenden. Auf das Thema Bushaltestelle geht er nicht ein, das Argument ist für ihn lächerlich. Sonst könnte der GGR heute die Sitzung innerhalb einer halben Stunde schliessen, denn dann geht es nicht darum, ob ein Volleyballplatz finanziert werden will. Dann beantrage man doch, die Bushaltestelle sofort wieder zu öffnen. Bis dahin sei kein Rappen mehr auszugeben. Dieses Argument der Alternative-CSP funktioniert für Jürg Messmer nicht. Es war einmal zu hören, dass das Büro GGR bezüglich Abstimmungsanlage dem Regierungsrat einen abschlägigen Bescheid gegeben habe. Aber aufgrund welcher Fakten das geschah, weiss hier niemand. Der GGR verbaut sich mit einer Überweisung der Motion heute nichts. Es geht nicht darum, diese Abstimmungsanlage zukünftig auch benutzen zu müssen, sondern darum, Fakten auf dem Tisch zu haben, damit man weiss, worüber man abstimmt. Jürg Messmer ist der erste, der Nein sagt, wenn diese Anlage pro Sitzung CHF 10'000.00 kostet, jetzt liegen aber keine Anhaltspunkte vor, und die möchte Jürg Messmer gerne haben. Daher ersucht er den GGR um Überweisung der Motion.

**Barbara Gysel:** Jürg Messmer hat gesagt, der GGR verbaue sich nichts, wenn die Motion heute überwiesen werde. Das gleiche Argument hat die SP-Fraktion genutzt: Der GGR verbaut sich nichts, wenn die Motion heute nicht überwiesen wird. Es geht der SP-Fraktion nicht um eine materielle Diskussion, ob sie diese Anlage will oder nicht, sondern darum, welches Signal gegenüber dem Kanton damit ausgesendet wird. Es gibt also keinen Grund für Überweisung, wobei das kein materielles Nein gegen die elektronische Abstimmungsunterlage bedeutet. Diese Diskussion würde dem GGR noch bevorstehen.

**Stadtschreiber Martin Würmli** erlaubt sich eine Ausführung aus rechtlicher Sicht: Jürg Messmer bedankt sich in der Motion beim Stadtrat bzw. dem Büro GGR für die wohlwollende Unterstützung der Motion. Nach Rücksprache mit Jürg Messmer teilt Stadtschreiber Martin Würmli mit, dass er die Motion auf das Büro GGR bezieht. Auf den Stadtrat kann sie sich nicht beziehen, den dann wäre es aufgrund der stadträtlichen Kompetenz nicht motionsfähig. Bezüglich GGR ist es möglich, weshalb man nun von der Überweisung der Motion an das Büro GGR spricht.

### **Abstimmung**

über den Antrag der Fraktionen der CVP, SP und Alternative-CSP für Nichtüberweisung:  
Für die Nichtüberweisung der Motion stimmen 22 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass mit 22 Jastimmen die nötige 2/3 Mehrheit von 24 Stimmen bei 36 anwesenden Ratsmitgliedern nicht erreicht und daher die Motion überwiesen ist.

**Abstimmung**

über den Eventualantrag von Urs Bertschi namens der SP-Fraktion für die Umwandlung der Motion in ein Postulat:

Für den Antrag von Urs Bertschi namens der SP-Fraktion stimmen 26 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass mit 26 Jastimmen die 2/3 Mehrheit von 24 Stimmen erreicht und die Motion als Postulat an das Büro GGR überwiesen ist. Dieses hat zwölf Monate Zeit, Bericht und Antrag zu stellen.

#### 4. Interpellation Michèle Kottelat, glp, vom 23. November 2015 betreffend Kunststoffsammlung - Kunststoffrecycling

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2389

**Michèle Kottelat:** Weshalb bewegt Michèle Kottelat dieses Thema so stark? Weil sie sich seit Jahrzehnten mit Recycling beschäftigt, sich für geschlossenen Stoffkreisläufe einsetzt. Geschlossene Stoffkreisläufe – sie haben sie schon in ihrer Kindheit fasziniert. Als Schülerin hat sie im elterlichen Garten den Kompost betreut. Den technischen Stoffkreislauf hat sie beim Alusammeln entdeckt. Die Produktion von Bauxit zu Aluminium mittels Elektrolyse ist enorm energieintensiv. Da Alu sich leicht rezyklieren lässt ist es ein Unsinn, eine Energie- und Rohstoffverschwendung, Aluminiumverpackungen in den Öfen der KVAs verschwinden zu lassen. In den 70er Jahren haben sich die Schweizerischen Alusammelgruppen auf ihre Initiative hin zu einem Verein zusammengeschlossen. Nach einem langen Kampf hat man der Aluverpackungsindustrie das Alu-Recycling Signet abgerungen. Viele Jahre später – der Buchhändlerin Susanne Giger sei Dank – ist Michèle Kottelat auf das Konzept von Professor Michael Braungart „Cradle to Cradle“ gestossen. „Cradle to Cradle“ auf Deutsch von der Wiege zur Wiege. Weg von Deponie und Verbrennung hin zum Ressourcen- zum Stoffkreislauf. Bei der öbu, dem Netzwerk der Schweizerischen umweltbewussten Unternehmer, hat sie verschiedene Workshops zum Thema Kreislaufwirtschaft besucht und Literatur verschlungen. Das Thema hat Michèle Kottelat nicht mehr losgelassen. Das Prinzip der Kreislaufwirtschaft ist so einleuchtend - es ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Auf ein intelligentes, smartes Rohstoffmanagement ist besonders ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz angewiesen. Beim Einkaufen achtet Michèle Kottelat auf rezyklierbare Verpackungen. Mit Freude verfolgt sie, dass die Verpackungsindustrie enorme Fortschritte macht. Nehme man mal diesen simplen Joghurtbecher. Man hat sich von den dickwandigen Bechern verabschiedet und ein System entwickelt, das zu 100% rezykliert werden könnte. Genial! Bis jetzt konnte Michèle Kottelat ihren Joghurtbecher in den Ökihof bringen. Seit dem 1. Januar 2016 ist dies vorbei. Sie ist nicht die Einzige, die sich darüber ärgert. Im Bus, im Quartier ständig trifft Michèle Kottelat auf Leute, die sich über das neue Abfallregime der ZEBA ärgern. Besonders die älteren Leute, sie sind entsetzt. Denn sie waren alle stolz auf den vorbildlichen städtischen Ökihof. Aus der ganzen Schweiz, ja sogar aus dem Ausland sind sie nach Zug gepilgert, die Verantwortlichen für die kommunale Abfallbewirtschaftung. Denn im Zuger-Ökihof hat man Recycling-Geschichte geschrieben. Susanna Fassbind sei Dank! Nirgendwo konnten derart viele Wertstoffe separat gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt werden. Die Stadt Zug, sie war ein Leuchtturm in der kommunalen Abfallbewirtschaftung. Sogar Plastik konnte in den städtischen Ökihof gebracht werden. Die Plastiksammlung hat dazu geführt, dass die Zugerinnen und Zuger den Müll noch konsequenter getrennt haben und noch weniger verbrannt werden musste. Die ZEBA war stolz auf dieses Ergebnis. Leider hat sich die Stadt Zug mit ihrer Methode der Kunststoffsammlung in eine Sackgasse begeben. Das System war falsch aufgegleist worden. Muss man deshalb aber gleich aufgeben? Muss man kapitulieren, obwohl man weiss, dass es in der Schweiz ein neues Kunststoffsammlungssystem gibt? Zugerinnen und Zuger haben sich jahrelang daran gewöhnt, Plastikverpackungen nicht in den Kehrichtsack zu schmeissen. Und auf einen Schlag sollten sie umerzogen werden? Ein pädagogischer Sündenfall. Statt ein Sammelsystem, das zugegebener Massen falsch aufgegleist war, zu optimieren und mit dem Sammelsack in die richtige Richtung zu leiten, hat man einen Schritt ins tiefste Abfallmittelalter gemacht. Wer heute noch wiederverwertbare, nicht erneuerbare Rohstoffe verbrennt und vernichtet, handelt kurzsichtig und verantwortungslos den zukünftigen Generationen gegenüber. Michèle Kottelat wiederholt: verbrennen heisst vernichten! Es ist ein Riesenkampf zwischen Recycler und KVAs entbrannt. Und da spielt die öffentliche Hand oft eine klägliche Rolle. Städte, Gemeinden und

Kantone haben in KVAs investiert und wollen jetzt schwarze Zahlen sehen. Doch KVAs sind Auslaufmodelle genauso wie Pflegeheime. Wohin Fehlplanungen und kurzfristiges Denken führen, zeigt übrigens der Abschreiber, den die Stadt Zug beim neuen Pflegeheim Baar machen musste. Doch zurück zu den Ressourcen. Wer sich dafür interessiert, kann verfolgen, dass weltweit eine Bewegung in Gang gekommen ist. Ganze Produktions- und Verwertungssysteme werden auf möglichst geschlossene Kreisläufe umgepolt. An den Hochschulen und Universitäten gibt es neue Studiengänge. Geschlossene, smarte Stoffkreisläufe – sie werden in Zukunft der Schlüssel für einen ökologischen und ökonomisch sinnvollen Umgang mit den knappen nicht erneuerbaren Ressourcen sein. Im Ausland ist euch sicher aufgefallen, dass sogar die Abfälle im öffentlichen Raum überall nach verbrennbar und wiederverwertbar getrennt werden können. Und Zug - der ehemalige Leuchtturm - fällt zurück in die Kindheit. Ausgerechnet jetzt wo man viele Nachahmer gefunden hat, wo die ganze Welt sich auf den Weg der Kreislaufwirtschaft macht - ausgerechnet jetzt macht die Stadt Zug einen Rückzieher. Es ist unverständlich, dass die Energiestadt Zug diesen fragwürdigen ZEBA-Entscheid einfach geschluckt hat. Und das im Wissen, dass ihre Ressourcen beschränkt sind. Der Stadtrat führt u.a. ins Feld, dass die Sammelsäcke im Vorarlberg aussortiert werden. Wäre die Menge grösser, könnte im Thurgau sortiert werden. Im Moment ist die kritische Menge für eine Sortieranlage noch nicht erreicht. Steigt die Menge, so wird sich die Investition in eine schweizerische Sortieranlage lohnen. Es wird auch diese Wertschöpfung in der Schweiz bleiben können. Es braucht in der Schweiz auch niederschwellige Arbeitsplätze. Arbeitsplätze z.B. für wenig qualifizierte Asylsuchende. Arbeit statt Sozialhilfe. Mit der Einführung des Sammelsacks in Zug könnte man auch einen Beitrag dazu leisten. Der Stadtrat will zuwarten und die Entwicklung im Kunststoffrecycling weiterhin genau verfolgen. Michèle Kottelat hofft, dass der Stadtrat nicht zu lange wartet und doch noch auf seinen Entscheid zurückkommt. Die Hoffnung, sie stirbt zuletzt.

Michèle Kottelat nutzt die Gelegenheit zu einer persönlichen Erklärung: Die heutige ist ihre letzte GGR-Sitzung. Sie zieht sich aus dem GGR zurück. Michèle Kottelat hat im Januar eine neue berufliche Herausforderung angenommen. Diese fordert sie sehr. Sie hatte ohnehin vorgesehen, im Herbst das Präsidium der kantonalen GLP abzugeben und sich aus der aktiven Politik zu verabschieden. Ihr Amt in der Alterskommission wird sie aber gerne weiterführen. Sie wird sich zurück in die Zivilgesellschaft begeben, aber auch dort als engagiertes Mitglied nicht den Mund halten können. „Ade zäme, tschau zäme!“

**Rupan Sivaganesan** beantragt Diskussion.

### **Ergebnis**

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

**Rupan Sivaganesan:** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Grundsätzlich ist die SP-Fraktion mit der Beantwortung einverstanden. Die Zugerinnen und Zuger haben einige Jahre alle Sorten von Plastik gesammelt, sortiert und zum Ökihof gebracht. Nun ist dies seit diesem Jahr nicht mehr möglich. Die Begründung, weshalb dies so sei, konnte man in der Beantwortung nachlesen. Rupan Sivaganesan hat sich bei der Zugerland-Migros-Sammelstelle telefonisch erkundigt: Es hat sich gezeigt, dass man in der Migros nach wie vor alle Kunststoffe respektive alle Sorten von Plastik gratis abgeben kann. Die Kunststoffe werden aber nicht verbrannt, sondern sie haben gemäss Angabe einen Abnehmer, der diese recycelt! So lautete jedenfalls die Auskunft. Private bieten einen umweltschonenden Service an, nicht aber die Regierung. Die SP-Fraktion fragt sich, ob der Stadtrat sich tiefgründig mit der Thematik auseinandergesetzt hat.

**Peter Rütimann:** Einen Sammelsack für alle Kunststoffe zum Entsorgen und Recyclen in den Ökihof zu bringen, das erst noch gratis, ist natürlich schon praktisch und bequem! Die Stadt Zug respektive der Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen, (ZEBA) macht in Sachen Kunststoffverwertung weder eine Kehrtwendung noch pädagogische Fehler in Sachen Entsorgung! Insbesondere zum umweltgerechten Entsorgen und Recyclen von Kunststoff-Abfällen gilt das Prinzip: Zuerst sortieren und dann rezyklieren! Die ökologische Praxis der ZEBA geht genau in diese Richtung:

- an der Quelle (beim Verbraucher) nach wiederverwendbaren Kunststoffen (PE, PET-Flaschen) aussortieren und alle nichtverwertbaren Kunststoffe wie z.B. Cellophane (Verpackungen) in übliche Abfallsäcke zu stecken
- die sortierten Kunststoffe zu transportieren und zu recyceln
- die nicht mehr verwertbaren Kunststoffe, Anteil zirka 50% der Kunststoffabfälle, bei Renergia Zentralschweiz AG in Perlen effektiv zu Wärme und elektrischer Energie zu verwerten.

Das Prinzip Sammelsack für alle Kunststoffabfälle widerspricht doch etwas der 2000W-Idee. Die Sammelsäcke mit allen Arten von Kunststoffen zuerst nach Lustenau im Vorarlberg (A) zu transportieren und dort in einer modernen Anlage zu sortieren, reinigen und rezyklieren und den Rest, mindestens 50%, zu verbrennen, ist ökologisch wie auch finanziell nicht optimal. Der Prozessablauf der ZEBA ist per se umweltfreundlicher und auch kostengünstiger, aber halt nicht mehr so bequem für die Konsumenten wie die bisherige Praxis. Noch ein Tipp auf Grund persönlicher Erfahrung im Ökihof Zug: Willkommen wäre, wenn das Entsorgungspersonal den Bürgern in der Einführungsphase freundlich erklären würde, wieso gewisse Kunststoffe nicht mehr recycelt, sondern via Kehricht zu entsorgen sind. Die Interpellation von Michèle Kottelat hat auch was Gutes: Sie regt an, bestehende Prozesse stets zu verbessern. Die FDP kommt eindeutig zum Schluss, die umfassende und gute Antwort des Stadtrates zur Kenntnis zu nehmen.

**Astrid Estermann:** stimmt Peter Rütimann zu: Es ist tatsächlich so, dass Recycling nicht gleich Recygling ist. Viele Leute meinten über Jahrzehnte, sie könnten Kunststoff zum Ökihof bringen und dieser werde recyclet. Das Sein war eben auch Schein. Es ist nicht so. Der grösste Teil des Plastikabfalls kann nicht wiederverwertet werden. Der, welcher noch verwertet werden kann, kann oft nur einmal verwertet werden. Es ist nicht Aluminium, das man immer und immer wieder verwerten kann, es ist eben Plastik. Man soll sich auch bewusst sein, dass Plastik nicht die gleiche Recyclingware ist wie Rohstoff, Glas oder Aluminium. Beim Kauf von solchen Sachen muss man sich auch bewusst sein, dass es nicht recycelbar ist, am Schluss verbrannt wird und im Kehricht zu landen hat wie auch andere nicht recycelbare Stoffe. In diesem Sinne kann Astrid Estermann den Stadtrat sehr wohl verstehen. Hochwertiger Plastik wie PET wird weiterhin entgegengenommen und kann verwertet werden. Anderer Plastik muss halt verbrannt werden. Es macht durchaus Sinn, dass dann damit Häuser beheizt werden können.

**Andrea von Allmen:** Abfall ist ein sehr emotionales Thema, das kann Andrea von Allmen aus erster Hand berichten. Um es vorweg zu nehmen: Andrea von Allmen hat die Antwort des Stadtrats nicht überzeugt, weshalb sie sich ein paar kritische Fragen erlaubt:

- Warum wirft der ZEBA seinen Grundsatz "vermeiden - verwerten - verbrennen" in der Kunststoff-Frage über Bord und wie neutral ist er als Aktionär der Renergia?
- Gibt es seitens Stadtrat oder ZEBA Bemühungen in Richtung Vermeidung von Kunststoffabfällen?
- Warum müssen gemischte Kunststoffe im Ausland sortiert werden? Sind innovative Lösungen für die Stadt Zug geprüft worden?

- Warum schafft die Stadt Zug die gemischte Kunststoffsammlung ab - im Wissen, dass die Forschung in eine andere Richtung zielt und der Bedarf an Sekundärrohstoffen schon jetzt nicht mehr landesintern gedeckt werden kann?
- Warum wird auf den reinen Fraktionen beharrt, obwohl bekannt ist, dass auch andere in Zug gesammelte Fraktionen nachsortiert werden müssen?
- Das BAFU drückt sich seit mehr als fünf Jahren vor einer klaren Stellungnahme zum Thema. Wie lange geduldet sich die Stadt Zug noch und warum nimmt sie als Standort vieler innovativer Firmen nicht eine Vorbildfunktion ein?

Man sieht, die SVP-Fraktion ist nicht brennende Verfechterin des Sammelsacks - vermisst aber in der Antwort eine umfassende und weitsichtige Auseinandersetzung mit der Thematik. Klar ist, die Zugerinnen und Zuger wollen Kunststoff sammeln um des Sammelns und des Geldes Willen. Die Antwort des Stadtrats wird zu Kenntnis genommen - aber kritisch.

**Philip C. Brunner:** Es dreht sich hier bereits um das Thema ZEBA, ein altes Anliegen von Philip C. Brunner. Zum ersten Mal ist es ihm als neuer Gemeinderat vor einigen Jahren aufgefallen, als die Motion von Manfred Pircher und Werner Villiger zum Thema Sperrgut hier im GGR behandelt wurde (Nr. 2117). Damals wurde vorgeschlagen, in der Stadt Zug eine Sperrgutsammlung durchzuführen. Der Stadtrat hat damals die gewünschte Sperrgutsammlung abgelehnt, weil ihm der ZEBA im Weg stehe. Hier bei dieser Antwort muss sich der Rat wieder mit dem Thema ZEBA beschäftigen. Das Problem zeigt sich, dass in diesem Verband alle Gemeinden des Kantons gleichberechtigt sind. Die Stadt Zug mit knapp 30'000 Einwohnern hat die gleichen Stimmrechte wie eine Gemeinde Neuheim. Das ist ein Verhältnisblödsinn. Die Thematik muss im Sinne eines ZEBA Exit und eines Stadt Zug Exit angegangen werden. Die Stadt Zug muss sich da verabschieden, damit sie wieder Unabhängigkeit und Handlungsspielraum erhält. Philip C. Brunner nennt ein populistisches Beispiel: Die ZEBA hat kürzlich die Gebühren für die Abfallsäcke reduziert. Philip C. Brunner fand das zuerst sehr gut, bis er sich damit etwas genauer beschäftigte. Weiss man, dass die Stadt Zug gemäss Jahresrechnung 2015 unter dem Konto 3612, Abfallbewirtschaftung, über CHF 1 Mio. direkt an die ZEBA bezahlt? Geteilt durch 18000 Haushalte gibt das beträchtliche Beträge, die quersubventioniert werden. Es ist also nicht so, dass der Verursacher noch begünstigt wird, indem man Gebühren senkt. Die Allgemeinheit, die möglicherweise im privaten Bereich spart, bezahlt für die Allgemeinheit. Das Thema ZEBA muss daher wirklich gut angeschaut werden. Auch beim Ökihof sagt der ZEBA, wie er das will. Menzingen – eine der ärmsten und wirtschaftlich schwächsten Gemeinde baut eine überdimensionale Anlage von der Grösse eines Fussballfeldes als Ökihof im Industriegebiet von Menzingen. Menzingen ist eine der grössten Nehmergemeinde und die Gemeinde, wo das Steueraufkommen so klein ist, dass nicht einmal die Lehrerlöhne bezahlt werden müssen. Philip C. Brunner erachtet es als wichtig, das Thema ZEBA wieder einmal proaktiv anzugehen. Dieser GGR hat für die Anlage in Perlen eine finanzielle Garantie in Millionenhöhe abgegeben. Wenn es also dieser Anlage nicht so gut geht, kommen direkte finanzielle Forderungen auf die Stadt Zug zu. Philip C. Brunner dankt Michèle Kottelat, dass sie das Thema auf den Tisch bringt. An einer kürzlichen Fernsehsendung (Eco) wurde von Experten genau dieses Thema verglichen. Man ist da zum Resultat gekommen dass beide Lösungen Vor- und Nachteile haben. ZEBA ist für die Stadt Zug die falsche Zukunftslösung. „Treten wir aus!“

**Michèle Kottelat:** Der Sammelsack ist nicht gratis, sondern ein 60 Litersack kostet mindestens CHF 2.00. Die Kehrrietsäcke sind günstiger geworden. Das ist ein Blödsinn. Weil Plastik in den Kehrrietsack kommt, braucht man mehr Volumen. Also kann von günstiger keine Rede mehr sein. Die Aussage von Rupan Sivaganesan bezüglich Migros Zugerland stimmt, aber dieser Plastik geht nach Deutschland. Das ist nicht unbedingt sinnvoll. Der Sammelsack wäre sinnvoller. Wenn Menge und Volumen stimmen, so könnte die Sortieranlage auch in der Schweiz gebaut werden.

**Stadtrat André Wicki:** Es besteht jetzt ein ganzer Sammelsack von guten Ideen. Es gilt nun, das eine oder andere aufzunehmen:

„Wir sind Weltmeister,  
wir sind Weltmeister im Alusammeln  
wir sind Weltmeister im Papiersammeln  
wir sind Weltmeister Glassammeln  
wir sind Weltmeister in vielen weiteren Bereichen  
so auch im Kunststoffsammeln“

Die Frage ist nur, wie macht man es am Sinnvollsten. Das Trennen, Sortieren und Reinigen von Kunststoff ist sehr, sehr aufwendig und entsprechend teuer. Ziel muss es doch sein, dass die Sortierung immer an der Quelle vorgenommen wird, am besten gleich beim Detailhandel. Stadtrat André Wicki zeigt dazu einige Folien zu Bahnhöfen, im Zugerland, im Metall usw. auf. Das Thema ist nicht neu und wurde vor vier Jahren aufgenommen. Damals sagte man auch innerhalb der ZEBA, dass man an der Quelle über den Detailhandel gehen müsse. Das soll auch in Zukunft so sein. Ja, aber nun zurück so der Entsorgung: Zug hat nun exklusiv während rund 15 Jahren gemischte Kunststoffabfälle gesammelt, die anderen Gemeinden im Kanton nicht. Die Zahlen im Zugerland zeigen eine Zunahme an Kunststoff. Es gibt wirklich einen Plastiktourismus. Auch dort sind es mindestens 50%, die schlussendlich in die Kehrichtverbrennungsanlage gehen. Wenn man absolut sauber trennen will, ist das sehr teuer. Nun zur Kehrichtverbrennungsanlage in Perlen, die seit anfang dieses Jahres in Betrieb ist, schlichthin das Klimaprojekt der Zentralschweiz. Es produziert 155'000 MWh Strom, das dem Verbrauch von rund 38'000 Haushalten entspricht. Dieser Strom wird ins Netz eingespeichert. Zudem wird die Papierfabrik Perlen mit Prozesswärme versorgt. Das gibt im Jahr insgesamt eine Einsparung in der KV-Anlage von 40 Mio. Liter Schweröl mit der entsprechenden Co2-Reduktion. Zu dieser Frage wurde auch Prof. Dr. Wirz (Hochschule Rapperswil. Leiter Institut für Wissen, Energie und Rohstoffe) kontaktiert. Es ist so: Viele Studien sind in Erarbeitung. Ziel ist es, so viel Kunststoff wie möglich wieder zu verwenden. Noch streiten sich aber die Umweltgötter bzw. Experten, wie dies am besten zu bewerkstelligen sei. Prof. Wirz teilt die Meinung des Stadtrates, dass Zug momentan sicherlich die beste Lösung hat. Für den Sammelsack sprechen sicherlich auch verschiedene Punkte. Aber allen Plastik zu sammeln, um ihn dann nach Lustenau Österreich zur Reinigung und Trennung zu bringen, bringt es ja auch nicht. Der Stadtrat hat auf Seite 4 der Interpellationsbeantwortung die wichtigsten Punkte zur heutigen ZEBA-Praxis im Vergleich zum Sammelsack zusammengestellt. Man kann erkennen, dass die positiven Punkte für die ZEBA-Praxis überwiegen - soweit wie möglich an der Quelle loszulegen. So ist denn der Stadtrat auch der Überzeugung, dass die heutige und doch sehr neue Entsorgungspraxis umweltfreundlicher, wirkungsvoller und auch günstiger ist. Dies wird auch vom Bafu (Bundesamt für Umwelt), dem schweizerischen Städteverband und von Swiss Recycling empfohlen. Auch diesbezüglich ist die Stadt Zug also auf dem richtigen Kurs. Die Entwicklung ist spannend und wird vom Stadtrat weiterhin genauestens verfolgt. Schliesslich will man nicht stehen bleiben und weiterhin Weltmeister bleiben.

Der Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen ist ein Leuchtturm, hat auch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einiges geleistet. Im Ökiohof der Stadt Zug werden über 30 Fraktionen entsorgt bzw. gesammelt. Man darf sich wirklich nicht blenden lassen: das Gesamte wird von allen Gemeinden gesammelt. Dafür braucht es auch eine Lösung bezüglich Entsorgung. Wenn die Gemeinden für sich Kleinstmengen sammeln, ergeben sich auf dem Markt viel kleinere Losgrößen. Diese individuell zu verarbeiten, eine Abfallbewirtschaftungsstelle für Zug aufzuarbeiten, ist sehr fragwürdig. Stadtrat André Wicki ist gerne bereit, dieses Thema aufzunehmen, damit es im ZEBA weiter verfolgt werden kann.

**Ergebnis:**

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass die Interpellation Michèle Kottelat, glp, vom 23. November 2015 betreffend Kunststoffsammlung – Kunststoffrecycling, beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

## 5. Plan Lumière: Umsetzung Teilprojekte vom Hafen bis zum Casino; Planungs- und Baukredit

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2150.1 vom 23. Februar 2016

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2150.2 vom 8. März 2016

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2150.3 vom 21. März 2016

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Detailberatung

**Urs Bertschi, Präsident BPK:** Die Bau- und Planungskommission (BPK) war vom vorliegenden Teilprojekt im Rahmen der Umsetzung des Plan Lumiere überzeugt und freut sich auf dessen baldige Umsetzung. Zusammenfassend kann man hier wohl mit Recht sagen: Sehr viel für wenig Geld! Heute steht bekanntlich der Projektperimeter vom Hafen bis hin zum Casino im Fokus der Lichtplaner. Die Stadt erhält für bescheidenen Mitteleinsatz sehr viel abendliche und nächtliche Aufenthaltsqualität in einem hoch frequentierten Erholungsraum unserer Stadt: Dem Quai entlang vom Hafen bis zum Casino. Im Mittelpunkt dieses Projektperimeters steht der Landsgemeindeplatz, der durch das neue Beleuchtungskonzept und die vorgesehenen Fassadenprojektionen eine besondere Aufwertung erfahren wird. Der Platz wird regelrecht ein neues Lichtkleid gesteckt und die Fassaden mit gekonnten Projektionen mit Licht getüncht. Wenn der GGR heute ja zum Kredit sagt, wird man kommende Sommerabende in dieser Lichtoase verbringen dürfen. Der ganze Perimeter wird in neues Licht gerückt, in überaus attraktiver Weise. Neu sollen energieeffiziente LED-Leuchten auf Kandelabern und Pollern das Szepter in der städtischen Lichtführung entlang dem See übernehmen. Aber es geht nicht nur um weiche Faktoren beim vorliegenden Projekt, sondern es verfolgt auch sehr handfeste und durchaus messbare Ziele: Es wird angestrebt, den öffentlichen Raum im Bereich der im Sommer wohl wichtigsten Stadtmeile völlig neu zu inszenieren und durch das Lichtkonzept, das gekonnt mit Licht und Schatten spielt, aufzuwerten. Dieses Lichtkonzept dient der Sicherheit, indem es Licht dahin bringt, wo dieses notwendig und geboten ist, Licht da aber vermeidet, wo es vernachlässigbar ist. Es werden hierzu neun neue Leuchten gestellt, 25 bestehende Kandelaber abmontiert. Schliesslich sind die neuen LED-Leuchten die Garanten für eine energieeffiziente Stadtbeleuchtung, die der Energie-Stadt wie auch den Zielsetzungen und dem Ja der Stadt zur 2000-Watt-Gesellschaft gut anstehen. Sodann wirkt das neue Lichtkonzept der nach wie vor wenig thematisierten Lichtverschmutzung entgegen, indem durch die neuen Leuchten die problematischen Streulichteffekte und Abstrahlungen verhindert werden. Eine mitunter sinnvolle Massnahme gegen die Zerstörung der Nacht, die bekanntlich vielfältige Folgen auf Ökosysteme und Lebewesen zeitigt. Schliesslich aber dient das neue Beleuchtungskonzept konkret auch den Bewohnerinnen und Bewohnern im Projektperimeter, indem die Leuchten und auf dem Landsgemeindeplatz auch die Lichtprojektionen auf die Gebäudfassaden störende Blendwirkungen und Lichtimmissionen zu Lasten von Schlaf- und Aufenthaltsräumen vermeiden. Kurzum sind dies alles Faktoren, die ein klares Bekenntnis zu diesem Projekt und dem hierfür beantragten Planungs- und Baukredit erheischen. Eben: Sehr viel für wenig Geld! Weitere Etappen beim Bahnhof und

am Postplatz werden folgen. Das Gestaltungskonzept Bahnhof ist bereits in Bearbeitung. Für den Postplatz beginnt im Sommer die Projektierung. 2017 wird der Kredit für den Bereich des unteren Postplatzes unterbreitet. Vorgesehen ist, dass sich das Post- und das Regierungsgebäude künftig "face to face" anstrahlen werden. Anzufügen bleibt, dass die Stadt bei den vorliegenden Projekten auf eine gute Zusammenarbeit mit den WWZ und auch den Anwohnern zählen konnte und weiterhin wird zählen können. Schliesslich noch ein Wort zur Weihnachtsbeleuchtung. Diese sollte den Plan Lurniere nicht als zusätzliches und wohl nicht ganz einfaches Projekt belasten. Dies das eine. Das andere: gemessen an den alljährlich wiederkehrenden Installations- und Betriebskosten für die Weihnachtsbeleuchtung mit rund CHF 300'000.00 stellen die vorliegenden Investitionskosten mit rund CHF 394'000.00 nachgerade einen Klacks dar. Schliesslich aber konnte der Verwaltung bezüglich dem alljährlich anfallenden "Kostenfaktor Weihnachtsbeleuchtung" ein erfreuliches Statement entlockt werden: "Die Weihnachtsbeleuchtung ist nicht zwingend eine Aufgabe der Stadt, sondern eher eine solche der Gewerbetreibenden." Die BPK empfiehlt dem GGR mit 8:1 Stimmen, dem Planungs- und Baukredit für den Plan Lumiere, Umsetzung Teilprojekte vom Hafen bis zum Casino, zuzustimmen und den diesbezüglichen Antrag des Stadtrats zu genehmigen.

**Philip C. Brunner, Präsident GPK**, dankt Urs Bertschi für die blumige Einführung und die Abstimmungsempfehlung der BPK. Die GPK ist zum gleichen Resultat gekommen und empfiehlt mit 5:0 Stimmen einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Die Vorteile wurden genannt. Philip C. Brunner verweist auf den Bericht und Antrag. Daraus zeigt sich, dass es sich die GPK nicht ganz einfach gemacht hat. Die Frage des reduzierten Stromverbrauchs wurde intensiv diskutiert. Die GPK war auch nicht besonders beeindruckt von der Aufstellung, die als Beilage 1 beigeheftet wird. Die Frage der Kosteneinsparungen konnte nicht so genau beantwortet werden, wie sich das die GPK vorstellte. Philip C. Brunner hat mit Monika Mathers abgemacht, auf eine Interpellation betreffend Stromkosten im GGR zu verzichten und dies in der GPK zu klären. Die GPK stellte nämlich fest, dass die Stadtverwaltung nicht auf Anhieb sagen konnte, wie der Preis des Hoch- und des Niedertarifs ist. Das ist offenbar relativ komplex, weil verschiedene Liegenschaften verschieden erfasst werden. Es geht hier aber um einen doch recht beträchtlichen Betrag, der möglicherweise eingespart werden könnte. Das möchte die GPK im Detail etwas differenziert klären. Die GPK beantragt dem GGR, den Betrag von CHF 394'000 zu bewilligen. Es handelt sich hier um das Einsteigerprojekt, um gewisse Erfahrungen zu sammeln, die dann für die entsprechenden Projekte, z.B. die Beleuchtung des verwaisten Postgebäudes, verwendet werden können. Es ist zu hoffen, dass es bis dann der Stadtrat geschafft hat, ein attraktives Angebot zu finden, welches den Bewohnern der Altstadt das Leben etwas erfreulicher macht als dieser leicht verwaiste und halb im Bau befindliche Postplatz.

**Ignaz Voser:** Die Fraktion Alternative-CSP begrüsst das vorliegende Teilprojekt und bedankt sich beim Stadtrat für die umfangreiche und klar gegliederte Vorlage und den nachgereichten Gesamtüberblick. Zur Stadt Sorge tragen und sie ins richtige Licht setzen. So könnte man es kurz und bündig ausdrücken. Das passt. Was sollte mit dem Gesamtplan erreicht werden? Ziel und Absicht war es, die Stadt attraktiver und sicherer zu machen, Strom zu sparen und Mensch und Tier vor Lichtverschmutzung schützen und allfälligen beleuchtungstechnischen Wildwuchs auf dem ganzen Stadtgebiet zu verhindern. Das ist an einigen Orten bereits vorbildlich gelungen. Mit dem Zuger Bahnhofgebäude, dem Stadtgarten, dem Foyer und der Allmendstrasse gibt es schon solch leuchtende Beispiele. Diese Orte werden nun mit dem Teilprojekt vom Hafen bis zum Casino erweitert und zu einem grösseren Ganzen ergänzt.. Weitere müssen folgen, damit das Gesamtkonzept nicht Stückwerk bleibt. Natürlich galt es, für Zug einige Besonderheiten zu berücksichtigen, geht es doch nicht in erster Linie darum, möglichst alles zu belichten und zu beleuchten, sondern vielmehr oder einfach gesagt, Licht und Schatten richtig zu planen und nicht

alles dem Zufallsprinzip zu überlassen. Es wurde Wichtiges von Unwichtigem unterschieden und Glanzpunkte am richtigen Ort gesetzt. Vor allem der Landsgemeinde- und der Postplatz werden dadurch eine wesentliche Aufwertung erfahren und hoffentlich zu so stimmigen Orten werden, wie sie auf den Bildmontagen visualisiert sind. Darauf freut sich die Fraktion Alternative-CSP besonders. Natürlich hätte man sich noch etwas mehr gewünscht. Mit der Annahme der 2000 Watt Initiative wäre es aus Sicht der Fraktion Alternative-CSP vor allem wichtig, dass dem Bereich Energiesparmassnahmen noch mehr Bedeutung zukommen müsste. Der Trend der letzten Jahre zeigt zwar nach unten, aber wie viel Strom man nun durch diese neuen Lösungen einspart und was für weitere Massnahmen möglich wären, dazu erfährt man aus dieser Vorlage leider nur wenig. Auch die Erweiterung Seeufer vom Hafen bis zum Strandbad, die Innenstadt mit dem Kolinplatz, dem Hirschenplatz und die Burg mit dem Kunsthaus hätte sich die Fraktion Alternative-CSP im Gesamtplan gewünscht. Darum hofft die Fraktion Alternative-CSP, dass der Stadtrat den Plan Lurniere als Work in Progress betrachtet und weitere Teilbereiche und Ergänzungen möglichst bald folgen werden, um die schöne Stadt Zug noch besser ins stimmige Licht zu setzen. Das muss nun nicht mit Lichtgeschwindigkeit geschehen aber sollte nicht noch einmal sechs Jahre dauern! Zugegeben Zug ist ja nicht Lyon, Rom oder Paris. Hier leuchtet das Licht nicht ganz so hell, aber immerhin schon da und dort. Zug darf sich gerne weiter an anderen Städten ein Beispiel nehmen. Die Kosten von CHF 394'000.00 sind im Vergleich mit anderen Geschäften sehr moderat ausgefallen und übers Ganze betrachtet kann man doch sagen, hier erhält man für wenig Geld einen beträchtlichen Gegenwert. Die Fraktion Alternative-CSP steht dem Teilprojekt sehr positiv gegenüber, hofft auf dessen planmässige Realisation und bittet die Ratskolleginnen und kollegen, dieser Vorlage ebenfalls zuzustimmen.

**Daniel Blank:** Der Plan Lumière ist durchdacht und sorgfältig ausgearbeitet worden. Er ist auch eine Messlatte für künftige Beleuchtungen im Aussenraum. Im Bereich Landsgemeindeplatz ist der Sanierungsbedarf klar ersichtlich. Aber auch im Bereich Hafen ist der Massnahmenkatalog recht umfangreich ausgefallen. Dies erstaunt sehr, ist doch dieser Bereich neueren Datums. Dennoch für einmal eine Investition zum Sparen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Aufwertung der Uferpromenade mehrheitlich.

**Franz Weiss:** Mit dem vorliegenden Plan Lumière sollen Wegführungen, Plätze und Gebäude in der Stadt Zug durch ein entsprechendes Lichtkonzept besser ausgeleuchtet werden. Es soll auch weniger Lichtverschmutzung geben sowie die Umwelt entlastet werden. Diese Investition ist etwas für die Zuger Bevölkerung und die Stadt. Mit dieser Investition erhält die Stadt Zug eine hohe Beleuchtungsqualität im öffentlichen Raum. Es braucht sicher keinen weiteren Plan Lumière für den Rest der Stadt, dieses Konzept der Beleuchtung kann sicher auch in anderen Stadtteilen umgesetzt werden, mit dem Wissen, das sich die Stadt jetzt angeeignet hat. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

**Louis Bisig:** Am 13. April 2010 wurde das Postulat von der Fraktion-CSP, vertreten durch Patrik Steinle, Ignaz Voser und der heutigen Stadträtin Vroni Straub, mit der Einladung, einen Beleuchtungsplan für die Stadt Zug zu erarbeiten, eingereicht. Der Stadtrat folgte anschliessend der Empfehlung der Stadtbildkommission, der wachsenden Anzahl von Gesuchen für Beleuchtungen und überdimensionalen Leuchtreklamen an Gebäuden Einhalt zu gebieten. Das Baudepartement wurde umgehend beauftragt einen städtischen Beleuchtungsplan zu entwickeln. Die Aufgabe war nicht leicht, galt es doch, vielfältige Gesichter der Stadt Zug auch in der Nacht zu erhellen, Emotionen zu wecken und poetische Momente hervorzurufen. Zudem durfte trotz weniger künstlichem Licht das Sicherheitsgefühl nicht abnehmen. Das interdisziplinäre Gremium der Stadträte, Vertreter der Wasserwerke, des Kantons, der Städtischen Immobilien, der Denkmalpflege, der Stadtökologie und der Kunst machten sich an die Arbeit- sehr effizient, denn ein erster

Entwurf des Plans Lumière wurde im Mai 2010 vorgelegt und im Internet abgelegt. Danach wurde es ruhiger. Zwischenzeitlich werden erste Projekte umgesetzt z.B. die Allmendstrasse. Technisch verbesserte Anlagen und Leuchten steigern heute die Energieeffizienz. Erfahrungen fliessen in dies doch langjährige Projekt ein. Hier dankt die SP-Fraktion den Postulanten, den Mitdenkenden, Engagierten und Mittragenden dieser Vorlage. Die SP-Fraktion unterstützt den Plan Lumière und steht folgerichtig auch für die Umsetzung der Teilprojekte vom Hafen bis zum Casino ein. Das vorliegende Projekt ist überzeugend. Je nach Strompreis ist der investierte Betrag in 13 Jahren amortisiert. Die Stadt Zug spart Strom, kommt dem erklärten Ziel der 2000 Watt Gesellschaft etwas näher. Das gestaltete Nachtbild bringt Qualitäten zurück wie sie im Konzept künstliches Licht im Aussenraum als Leitsätze erinnernd festgeschrieben sind. Die Stadt Zug erscheint in einem andern Licht. Auf das freut sich die SP-Fraktion und stimmt dem Planungs- und Baukredit zu. Die Weihnachtsbeleuchtung ist nicht zwingend eine Aufgabe der Stadt Zug, sondern eine solche der Gewerbetreibenden. Die SP wird hier einen Vorstoss ausarbeiten.

**Philip C. Brunner:** Der Vorredner hat den Vordenkern zu dieser Möglichkeit Plan lumière gedankt. Philip C. Brunner bezeichnet sich als den Vordater dieser Geschichte. Er war der allererste hier im Rat, hat er doch im November 2009 eine Interpellation betr. Einsparmöglichkeiten bei der Strassenbeleuchtung auf Stadtgebiet und einer damit verbundenen Gebührenreduktion eingereicht, die am 30. März 2010 vom Stadtrat beantwortet wurde. Das ist der Urvater der ganzen Idee. Dass die CSP das Anliegen aufgenommen hat, da hat Philip C. Brunner nichts dagegen. Die SVP hat sich jetzt auch damit beschäftigt und stimmt einstimmig dem Vorschlag zu. Philip C. Brunner hat aber unter diesem Vorstoss auch sehr gelitten, wurde er doch verschiedentlich von diversen Leuten angesprochen, weil sie nicht verstanden haben, dass er damals genau das meinte, was im Artikel in der Beilage der stadträtlichen Vorlage über diese LED-Beleuchtung und die damit verbundenen Fortschritte steht. Philip C. Brunner kam damals zum Schluss, dass die Stadt Zug bei der Strassenbeleuchtung 30% einsparen kann. Das war das Ergebnis der Agentur für Energie Effizienz SAFE. Da hat der Stadtrat nicht so begeistert mitgetan. Die SVP-Fraktion wird dem Projekt zustimmen und dankt dem Stadtrat für die Antwort und denjenigen, die den Anstoss dazu gegeben haben, einen Plan zu machen. Das hatte Philip C. Brunner nicht gemacht, er wollte Geld sparen und nicht einen Plan machen.

**David Meyer** begrüsst den Plan Lumiere, er gefällt ihm grundsätzlich. Gezielte Beleuchtung, energiesparende LED-Lampen, Absenkung des Lichtes. Eine gute Arbeit, die Freude macht, liegt hier vor. Auf drei Punkte möchte aber David Meyer noch hinweisen.

1. Die Beschaffungskosten sind im Vergleich zu den Betriebskosten über die Jahre verschwindend klein. Die Erfahrung hat die Stadt Zürich bereits gemacht. Wenn also Gebäude beleuchtet werden, so muss die Frage der Finanzierung des Betriebs bewusst sein: bezahlt das die Stadt oder bezahlt es der Eigentümer des Gebäudes.
2. Wenn der GGR jetzt den Plan Lumière gutheisst, so tut er das als Gesamtwerk. Sollte es sich nach der Umsetzung zeigen, dass vereinzelt Lampen abgeschaltet oder verstärkt werden müssen, möchte David Meyer dereinst nicht darauf hingewiesen werden, dass das Gesamtwerk genau so in Stein gemeisselt ist. Er sieht das eher als Pilot für die Expansion auf die weiteren Stadtgebiete. David Meyer schliesst sich hier dem Vorredner an, welcher sagte: Zügig vorwärts machen mit dem Plan Lumière auf die nächsten Stadtgebiete.
3. Man möge doch prüfen - sofern dies nicht bereits von städtischen Stellen gemacht wurde -, ob man einen Teil der Finanzierung über das Bundesprogramm "ComoLux" machen kann. ComoLux ist neu geschaffen, um die Gemeinden bei der Modernisierung der Strassenbeleuchtung zu unterstützen.

**Stadtrat André Wicki:** "Geschätzte Mütter, geschätzte Väter, das Gemeinschaftswerk ist erstellt, die Geburt ist erfolgt. Ich bedanke mich namens des Stadtrates." Das überwiesene Postulat der CSP aus dem Jahre 2010 formuliert folgende Ziele: "

- die Stadt attraktiver zu machen
- die Stadt sicherer zu machen
- die Lichtverschmutzung einzudämmen
- ... und Strom zu sparen

Diese Vorgaben wurden aufgenommen und daraus wurde ein Konzept dazu erstellt. Es bestand eine sehr gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, auch mit der WWZ. Es fand eine Testplanung statt beim Hafen. Die BPK und die Bevölkerung wurden eingeladen, selbstverständlich auch die Besitzerinnen und Besitzer am Landsgemeindeplatz, hatten diese doch anfänglich Bedenken, dass sie, wenn sie unter der Dusche stehen, voll beleuchtet würden. Diese Ängste konnten genommen werden. Man hört die Stimmen, welche sagen, dass man sich in der heutigen Zeit einen Plan Lumière nicht leisten könne. Es konnte aufgezeigt werden, dass jährlich Strom gespart werden kann mit LED. Es werden 170 Leuchten auf dem Abschnitt Hafen bis Casino weniger benötigt. Das sind Kosteneinsparungen bezüglich Energie und Unterhalt. Zudem beträgt die Lebensdauer der Kandelaber zwischen 25 und 30 Jahre. Zudem werden die Kandelaber wo immer möglich und sinnvoll wieder verwendet und aufgefrischt. Sparen und Verzicht: Der Stadtrat ist der Meinung, man müsse auch mal was Gutes tun. Die Stadt Zug hat sich das redlich verdient. Mit der Annahme der heutigen Vorlage schlägt man vier Fliegen auf einen Schlag: Lichtverschmutzung minimiert, Sicherheit erhöht, Stromeinsparung erzielt und die Attraktivität der Stadt erhöht.

**Beratung des Beschlussesentwurfes:**

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 bis 4 wird das Wort nicht verlangt.

**Ratspräsidentin Karin Hägi** erklärt so beschlossen.

**Schlussabstimmung:**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 36 Jastimmen einstimmig dem Antrag des Stadtrates zu.

**Beschluss  
des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1636**

**betreffend Plan Lumière: Umsetzung Teilprojekte vom Hafen bis zum Casino; Planungs- und Baukredit**

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2150.1 vom 23. Februar 2016:

1. Für die Umsetzung von Teilprojekten des Plan Lumières vom Hafenplatz bis zum Gärbiplatz sowie in der Umgebung des Casinos wird ein Bau- und Planungskredit von brutto CHF 394'000.00 einschliesslich MWST zulasten der Investitionsrechnung, Konto 4500, Objekt 941, Plan Lumière bewilligt.
2. Die Investition von CHF 394'000.00 wird mit jährlich 10% abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. b Finanzhaushaltgesetz).
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Gegen diesen Beschluss kann
  - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
  - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

## 6. Arenaplatz: Multifunktionsanlage zwischen Trainings- und Sporthalle; Objektkredit

Es liegen vor:

Bericht des Stadtrates Nr. 2387 vom 23. Februar 2016

Bericht und Antrag de3r BPK Nr. 2387.1 vom 8. März 2016

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2387.2 vom 21. März 2016

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Detailberatung

**Urs Bertschi, Präsident BPK**, verweist grundsätzlich auf Bericht und Antrag. Die BPK ist der Meinung, dass die vorgesehenen Multifunktionsanlagen bzw. diese beiden Plätze eine sinnvolle Nutzung für diese Leerfläche bedeuten. Sie ist überzeugt, dass mit dem Kanton bezüglich Nutzung und Kostenteiler ein sinnvoller Kompromiss gesucht und gefunden wurde. Anzufügen bleibt - das wurde der BPK zwar so zugesagt - dass der Kanton auch die hälftigen Unterhaltskosten übernehmen würde. Das ist vertraglich offenbar so geregelt. Urs Bertschi ersucht, dies entsprechend zu überprüfen und beim Kanton diese Kosten auch einzufordern. So gesehen kann man sagen: ein ideales Fifty Fifty zwischen Kanton und Stadt. Die GPK hat moniert, dass die Nutzung nicht fifty fifty sei. Da kann man sich selbstverständlich darüber streiten. Wichtig ist aber, dass die Wochenendnutzung der Stadt vorbehalten ist, insbesondere auch die Abendnutzung bis 22.00 Uhr. Für die Stadt bleiben CHF 232'000.00. Die BPK erachtet diesen Betrag als stämmbar für zwei voll funktionstüchtige Sportplätze in einem Quartier, das diese sicher gut nutzen kann. Gleichwohl: diese Kosten dürften ursächlich gewesen sein für das relative knappe 5:4 Abstimmungsergebnis in der BPK. Weitere Gründe konnte Urs Bertschi nicht ausmachen. Alle zeigen sich offen gegenüber diesen Plätzen. Schliesslich wurde noch die Scheinwerferfrage diskutiert. Dieses Problem bzw. diese Komponente ist nicht Bestandteil der Vorlage. Der BPK wurde aber zugesichert, dass man eine Beleuchtung dieser Plätze, zumal sie ja doch in den Übergangsjahreszeiten auch bis 22.00 Uhr nutzbar sein sollen, hinstellt und man diese Scheinwerfer mit relativ geringem Aufwand nachmontieren kann bzw. an den bestehenden Gebäuden bereits Scheinwerfer angebracht sind, deren Funktionsfähigkeit aber noch nicht geklärt ist. Vielleicht hat man das zwischenzeitlich gemacht - Urs Bertschi weiss es nicht. Über die Nachbarsfassaden ist es sicher lösbar. Es werden keine Masten notwendig sein. Die BPK empfiehlt - wenn auch mit 5:4 Stimmen knapp - die Vorlage zur Zustimmung. Dieses knappe Resultat wird durch das relative klare Resultat der GPK aufgewogen. Insofern ist davon auszugehen, dass diesen Plätzen nichts im Wege stehen wird.

**Philip C. Brunner, Präsident GPK**: Die GPK steht diesem Vorhaben sehr positiv gegenüber. Der Moment ist goldrichtig. Die Stadt Zug wird in den nächsten Jahren grosse Investitionsprojekte zu bewältigen haben (z.B. Kollingviert, Casino, Schulhaus Riedmatt, Schulhaus Herti usw.). Da wird man vielleicht weniger Gehör haben für solche kleinere Projekte, die aber sehr viel bringen. Der Platz wurde seinerzeit zwischen der Curling- und der Sporthalle erstellt und auch genutzt. Mit

dem Bau der Bossard Arena wurde es etwas enger und der Platz belastet. Heute ist der Platz de facto nicht bespielbar als Folge der diversen Projekte in diesem Gebiet. Die GPK empfiehlt daher dem GGR, diesem Projekt zuzustimmen.

**Stadtrat André Wicki:** Hier besteht ein Sportplatz, der über die Jahre hinweg immer mehr an Bedeutung verloren hat. Nun bietet sich die Chance, diesen Platz aus dem Dornröschenschlaf zu wecken oder sogar zu küssen und ihn wieder einer sportlichen Nutzung zuzuführen. Der momentane Platz wird weit unter seinem Wert genutzt. Er war mal Installationsplatz für die Erstellung der Bossard Arena und wurde als Parkplatz bei Grossanlässen genutzt. Heute nimmt man diesen Platz eher als einen Durchgangs- anstatt einen Sportplatz wahr. Was will man mit diesem Platz? Begegnung durch Bewegung ist das Motto! Projekte wie das Freiraumkonzept, Zug Westwärts haben immer wieder aufgezeigt, dass man Räume braucht, wo man sich frei und kostenlos bewegen kann. Es wird ja angestrebt, dass die Nutzung von Schul- und Sportanlagen auch für die Quartiere genutzt werden kann. Im Winter wird hier das Eisfeld rege genutzt. Nun könnte hier eine Multifunktionsanlage angeboten werden, die sicherlich sehr rege und fast das ganze Jahr durch genutzt werden kann - wann immer es das Wetter zulässt. Auch wurde die Nutzung mit zukünftigen Anwendern wie Sportorganisationen, dem kaufmännischen Bildungszentrum KBZ, Vereinen und Schulen abgeklärt und definiert. Hier möchte Stadtrat André Wicki einen grossen Dank an das Sportamt aussprechen für diese Umfragen und Abklärungen. Der Bedarf ist ausgewiesen. Was haben diese Abklärungen nun gebracht?

- Zwei Mehrzweckspielanlagen, die längs angeordnet sind, um die Sicherheit der Fanmarschroute zu gewährleisten
- Ein Platz mit Kunstrasen (Fussball, Volleyball)
- Ein Platz mit Tartan-Belag (Fussball, Volleyball, Basketball oder. auch Unihockey).

Die Plätze sollen unkompliziert genutzt werden. Man denke da nur an den Basketballplatz in der Schützenmatt oder der Beachvolleyanlage im Brüggli. .. eine gute Sache! Reservationen sind nicht notwendig, tagsüber hat das KBZ Vorrang. Stadträtin Vroni Straub wird bezüglich Nutzung noch weitere Ausführungen machen. WC's und zusätzliche Garderoben werden nicht benötigt, da die Multifunktionsanlage zur Sporthalle gehört. Aufgrund von bestehenden öffentlichen Anlagen und Rückmeldungen von anderen Gemeinden wie Zürich Affoltern, Ober-Winterthur und Winterthur kann man davon ausgehen, dass die Anlage sehr gut genutzt werden wird. Und wie sieht es mit den Kosten aus? Der Kanton hat sich bereit erklärt, 50% der Kosten zu übernehmen, samt dem Unterhalt. Stadtrat André Wicki zeigt noch eine Foto zu den Zufahrten bzw. der Benutzung auf. Der momentane Platz steht zu 98% leer. Er wird als Fuss-Fanmarschroute frequentiert sowie drei knappe Tage pro Jahr vom Zirkus Knie. Vor kurzem wurde der Zirkus Knie angefragt, wie er sich da fühle. Er ist absolut einverstanden, dass auch diese Campingwagen Richtung Allmendstrasse verschoben werden. Die Allmendstrasse wurde im Jahre 2013 umgebaut und saniert. Dort stehen rund 1'000 m2 zusätzliche Parkierungsflächen zur Verfügung. Diese werden auch seit dem Jahre 2013 vom Zirkus Knie gebraucht. Über die Weststrasse hinter der Bossard Arena fahren bei weiteren Veranstaltungen die Sattelschlepper an und werden umgeladen. Der Bedarf ist ausgewiesen, der Platz wird von Schulen, Sportorganisation und vom Quartier sehr begrüsst und es gibt eine 50%ige Kostenbeteiligung des Kantons.

**Stadträtin Vroni Straub** nimmt gerne ergänzend aus Sicht der Abteilung Sport zu zwei Punkten Stellung, nämlich zu den Betriebszeiten - bzw. der Vereinbarung zwischen Kanton Zug und Stadt Zug sowie zur Nutzung auf dem Multifunktionsplatz: Die Nutzungszeiten des Sportplatzes durch den Kanton und die Stadt sind mittels einer Vereinbarung von 2012 geregelt, welche im Zusammenhang mit dem Bau der Sporthalle erarbeitet und von beiden Seiten unterzeichnet wurde. Die Nutzungszeiten der Sporthalle inkl. dem angrenzenden multifunktionalen Sportplatz entsprechen ziemlich genau einer 50%-Teilung. Der Kanton kann den Platz Montag bis Freitag,

07.15 bis 18.15 Uhr, nutzen, die Stadt abends bis 22.00 Uhr, am Wochenende, während den Schulferien (ca. 12 bis 14 Wochen) sowie an allen Feiertagen. Die vom KBZ nicht genutzten Zeiten werden ebenfalls von der Stadt bewirtschaftet. Somit liegt die effektive städtische Nutzung gemäss den Belegungen bei über 60% zugunsten der Stadt Zug. Stadträtin Vroni Straub hat sich hier bei der Abteilung Sport rückversichert. Wie bei der Sporthalle wird auch die Multifunktionsanlage tagsüber nicht immer vom KBZ belegt sein. Städtische Schulen werden die Möglichkeit haben, die Anlagen zu nutzen. Insbesondere am Mittwochnachmittag soll die Anlage wenn immer möglich der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Um ein auf die Zuger Bevölkerung, die Schulen und die Vereine abgestimmtes Nutzerkonzept zu erstellen, wurde 2012 bereits eine Online-Umfrage lanciert. Um die drei erwähnten Gruppen bestmöglich zu erreichen wurde die Online-Umfrage sowie eine Beschreibung des Vorhabens an die Vereine sowie die Schulen verschickt und in der Zeitung publiziert. 164 Stimmen kamen zur Auswertung. Auffällig oft wurde eine Multifunktionsanlage genannt. Deshalb wurde die heutige Lösung mit den zwei Feldern mit unterschiedlichem Belag erarbeitet. Es wurde auch oft ein Beachvolleyballfeld genannt. Diese bestehen aber bereits an mehreren Standorten am See und beim Areal der Kantonsschule. Kunstrasen ist sehr beliebt und lässt sich neben Fussball auch für Volleyball, Badminton und weitere Schulsportarten einsetzen. Der Kunststoffbelag ist sehr pflegeleicht. Die angedachte Einzäunung mit Banden fördert den Spielfluss und erfüllt ausserdem eine Schutzfunktion. Wichtig ist, dass es sich hier nicht um einen Wettkampffeld handelt, sondern um einen Trainingsplatz. Hier werden keine Meisterschaftsspiele ausgetragen. Sonst müsste auch noch eine Speakeranlage und Tribünen installiert werden. Hier handelt es sich um einen Trainingsplatz und um einen Sportplatz für Spiel und Spass für die gesamte Bevölkerung. Es müssen keine wettkampftauglichen Masse eingehalten werden, zumal sich diese auch relative schnell ändern können. Nein, es ist wichtig, dass hier ein ungezwungener und einfacher Austausch auf sportlicher Basis ermöglicht wird.

**Jürg Messmer:** Die Vorlage machte es der SVP-Fraktion nicht einfach, darüber zu einem Beschluss zu kommen. Im Bericht und Antrag des Stadtrates wird das Projekt Zug Westwärts erwähnt. U.a. geht es hier ja um die Belebung von öffentlichen Plätzen. Die Belebung des öffentlichen Platzes, des Arenaplatzes, ist bis heute noch nicht erfolgt. Im Gegenteil, er ist eher eine trostlose Wüste geworden statt ein Platz, wo sich die Bevölkerung gerne treffen würde. Beim vorherigen Traktandum, dem Plan Lumière, geht es um Aufwertung - gerade am Landsgemeindeplatz. So etwas wäre sicher auch mal angebracht beim Arenaplatz im vorderen Bereich. Zurück zum Sportplatz: Eine Onlineumfrage mit 163 Rückmeldungen ist für Jürg Messmer nicht unbedingt repräsentativ, wenn von rund 28'600 Einwohnern in der Stadt Zug ausgegangen wird. Es ist aber klar, die Tendenz geht dazu, dass dieser Platz multifunktional genutzt werden soll. Dem kann die SVP-Fraktion auch zustimmen. Ihr stellt sich aber eine Frage betreffend den Öffnungszeiten: Es wird geschrieben, der Platz sei von Montag bis Freitag sowie Samstag und Sonntag von 07.15 bis 22.00 Uhr geöffnet. Nach Meinung von Jürg Messmer werden daher Einsprachen und Reklamationen bereits aufgegleist. Er fragt sich daher, ob die vom Stadtrat vorgegebenen Termine mit Baubeginn im Juni wirklich eingehalten werden können. Jürg Messmer könnte sich sehr wohl vorstellen, dass es noch die eine oder andere Einsprache gegen dieses Vorhaben gibt. Zum Volleyballplatz: Die Platzgrösse für nationale Spiele im Volleyballbereich ist mit 15 mal 24 Metern vorgegeben. Hier ist von einer Platzgrösse von 14 mal 22 Metern die Rede. Es fehlen also 1 bzw. 2 Meter. Auch wenn es heute heisst, dieser Platz werde nicht für nationalen Sport gebraucht, sondern vor allem für Schulsport und die Bevölkerung, sei daran erinnert, dass es auch bei der Bossard Arena einmal hiess, sie werde für Eishockeyspiele gebraucht. Irgendwann kam man dann aber auf die Idee, man könne auch einen Musikantenstadl usw. durchführen. So musste für viel Geld nachträglich eine Sprinkleranlage eingebaut werden. Persönlich hat Jürg Messmer einfach bei dieser ganzen Vorlage ein böses Bauchgefühl. Die SVP-Fraktion wird der

Vorlage zustimmen. Jürg Messmer könnte sich aber vorstellen, dass die Stadt Zug hier irgendwann eine gesalzene Rechnung präsentiert erhält. Wenn man irgendwann tatsächlich hier nationale Spiele durchführen will, kann die Stadt für viel Geld den Platz erweitern. Dies ist aber die persönliche Meinung von Jürg Messmer. Die Meinung der SVP-Fraktion ist folgende: Wenn der Stadtrat hier bezüglich Platzgrösse zu Protokoll erklären kann, dass mit Sicherheit gar keine Veränderungen kommen - auch in naher und nicht so weit entfernter Zukunft - wird die Fraktion voraussichtlich dem Projekt zustimmen. Jürg Messmer persönlich glaubt noch nicht an den vorgegebenen Fahrplan. Wenn der Baubeginn dann noch aufgrund von Einsparungen verzögert wird, muss wegen der dann beginnenden Eishockeysaison ein Jahr länger zugewartet werden. Vielleicht braucht der GGR aber noch etwas Zeit, um sich wirklich die richtigen Gedanken zu machen.

**Martin Eisenring:** Die CVP-Fraktion steht dem Geschäft grundsätzlich positiv gegenüber. Sie begrüsst es, falls an der geplanten Stelle beim Arenaplatz dereinst zwei Sportplätze die Bevölkerung in Zug West beglücken würden und Raum böten für Spiel, Sport und Spass. Die Sportplätze würden dem etwas trostlosen Arenaplatz Leben einhauchen und zu einer Aufwertung des Quartiers führen. Den Sportplatz begrüsst die CVP-Fraktion umso mehr als der Kanton 50% der Gesamtkosten bezahlt, d.h. die Stadt Zug zum halben Preis zwei neue Sportplätze erhalten würde. Dennoch beantragt die CVP-Fraktion, das Geschäft heute zurückzuweisen - ausser es kommen ganz gute Antworten des Stadtrates. Martin Eisenring möchte kurz den Rückweisungsantrag begründen: An jener Stelle, wo die Sportplätze dereinst zu stehen kommen sollten, liegt heute kein Brachland. Vielmehr besteht dort eine wertvolle Infrastruktur. Der Platz verfügt über Stromanschlüsse sowie über Wasser und Abwasserleitungen. Diese Anschlüsse sind wichtig für das Anschliessen und das Installieren von Gerätschaften wie Toilettenwagen, Zirkuswagen und Anderem. Aus diesem Grund wurde der Platz in den vergangenen Jahren bei Grossanlässen wie der Street-Hockey-WM oder auch für den Zirkus Knie verwendet. Dies darf heute nicht einfach ausgeblendet werden. Die CVP-Fraktion ist erstaunt und hält es für eine Nachlässigkeit, dass dieser Sachverhalt weder in der stadträtlichen Vorlage noch in den Berichten von GPK und BPK thematisiert wurde. Vom Hörensagen weiss man, dass der Stadtrat weitere Optionen im Köcher hat, um die genannte Infrastruktur an einem anderen Ort nutzen zu können oder diese dorthin zu verlagern, sodass eine Auswechoption vorhanden sei. Allerdings weiss man derzeit rein gar nichts zu diesen Plänen. Gerne würde die CVP-Fraktion vom Stadtrat entweder an der heutigen Sitzung oder noch besser schriftlich und mindestens durch die BPK geprüft hierzu mehr und vor allem etwas Konkretes über diese Optionen erfahren, wie viel sie die Stadt dereinst kosten würden und ob diese eine langfristige Lösung des Problems bieten würden. Sehr wichtig ist der CVP-Fraktion, dass man das Paket so erhält wie es in den Vorlagen festgehalten ist und nicht, dass es in einem halben Jahr oder einem Jahr heisst, dass diese Infrastruktur nicht mehr zur Verfügung stehe und man nun andernorts wieder einen neuen Platz erstellen und Abwasserleitungen ziehen müsse. Dann wäre es unter Umständen gar kein so gutes Geschäft mehr wie man das heute meint. Man muss vorsichtig und seriös vorgehen. Es besteht kein zeitlicher Druck, diese Plätze sofort zu erstellen. Zuerst muss geschaut werden, ob es wirklich funktioniert und ob diese Infrastruktur nicht mehr genutzt wird. Erst dann kann man mit gutem Gewissen für diesen Sportplatz sein, was offenbar aufgrund der bisherigen Voten unbestritten ist. In der derzeitigen Situation und den ständigen Diskussionen über die Kosten darf und kann sich die Stadt Zug hier einen Blindflug nicht erlauben. Daher empfiehlt Martin Eisenring namens der CVP-Fraktion die Rückweisung dieser Vorlage. Sollten jedoch vom Stadtrat ganz konkrete Angaben folgen, behält sich die CVP-Fraktion vor, diesen Rückweisungsantrag wieder zurückzuziehen.

**Stadtrat André Wicki:** Dieser Platz ist ein toter Platz und wird zu 98% nicht benutzt. Er wird durch den Zirkus Knie ausschliesslich durch Wohnwagen genutzt. Beim telefonischen Kontakt

wurde vom Zirkus Knie bestätigt, dass es kein Problem sei, diese Wohnwagen an der Allmendstrasse abzustellen. Dort stehen 1'000 m2 zusätzliche Parkfläche zur Verfügung. Der Zirkus Knie kommt am 7. November 2016 nach Zug, stellt nachts alles auf. Am 8. und 9. November 2016 finden Aufführungen statt, und in der gleichen Nacht fahren alle wieder weg. Das hat bisher immer bestens funktioniert. Diese Erfahrungswerte liegen vor. Die Wohnwagen besitzen Elektrizität und Abwasser. Es darf schon auf das Gefühl der Verhältnismässigkeit eingegangen werden. Worum geht es hier? Macht man hier 2% zu 100% oder 98% zu 2%? Es ist eine super tolle Sache. Das Paket in diesem Sinn kriegt man wirklich nicht mehr.

**Martin Eisenring:** Das Argument mit den 2% ist nicht stichhaltig. Martin Eisenring braucht seine Toilette zu Hause auch höchstens 2% der Zeit, die Martin Eisenring zu Hause ist. Trotzdem ist sie äusserst wichtig. Wenn es für den Zirkus Knie überhaupt kein Problem ist und man sagt, man möchte das seriös abklären, dann macht man das nicht telefonisch, sondern mit einem Brief. Dadurch liegt eine Bestätigung vor. Martin Eisenring möchte nicht, dass in einem Jahr der Zirkus Knie kommt und sagt, er komme nur dann nach Zug, wenn er auch Stellplätze für die Wohnwagen erhalte mit Abwasser. Für eine seriöse Planung darf man auch einen Brief schreiben und nicht nur einen Anruf tätigen. Ein Anruf zählt in diesem Sinne nicht

**Jürg Messmer:** Der Stadtrat hat mitgeteilt, er habe mit dem Zirkus Knie telefonisch Kontakt gehabt und die Bestätigung erhalten, dass es kein Problem wäre. Jürg Messmer hat jetzt im Internet festgestellt, dass der Zirkus Knie diese Tournee gar nicht mehr nach Zug kommt. In diesem Fall braucht es diesen Platz tatsächlich nicht mehr.

**Urs Bertschi** müsste, wenn er Urs B. Wyss wäre, jetzt von einer Tadelsrückweisung sprechen. Es macht keinen Sinn, dieses Geschäft mit dem Scheinargument eines Zirkus, der von 365 Tagen drei Tage hier gastiert, zurückzuweisen, vor dem Hintergrund, dass die Stadtzuger Bevölkerung die Plätze 362 Tage nutzen kann. Diese Zirkusnostalgie, die sich Martin Eisenring vorstellt, indem man mit klapprigen Wohnwagen unterwegs und zwingend auf Abwasser usw. angewiesen sei, ist längst vorbei. Diese Artisten sind mit fahrenden Wohnzimmern unterwegs. Das ist wirklich kein Argument. Es wäre schade, wenn man hier diese geleistete Arbeit mit einem Federstrich wegen dieses Zirkusarguments negieren würde. Der Bebauungsplan sieht zudem vor, dass seine Nutzung der Freiräume als Parkplatz oder als Werkplatzdepot dem Bebauungsplan, wie er von diesem Parlament beschlossen wurde, widerspricht. Insofern muss fast dieser Hinterhof einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Mit diesen beiden Sportplätzen geschieht das auch.

**Ratspräsidentin Karin Hägi** hat soeben die Information erhalten, dass Zug auf dem Tourneepan des Zirkus Knie ist. Dieser kommt vom 7. bis 9. November 2016 hierher nach Zug.

**Hugo Halter:** Es geht nicht um den Zirkus. Das Anliegen der CVP-Fraktion ist, dass die bestehenden Infrastrukturen wie Strom, Abwasser usw. auch anders genutzt werden könnten. Die Frage der Rückweisung ist nicht, ob die CVP-Fraktion diese Plätze gut findet oder nicht. Die CVP-Fraktion findet diese Plätze durchaus gut. Sie hat aber Bedenken, ob es andere Plätze gibt, die bereits entsprechend ausgerüstet sind. Die CVP-Fraktion möchte einfach Überraschungen vermeiden, irgendwelche Installationen trotzdem realisieren zu müssen. Es geht also nicht um ein paar Zirkuswagen.

**Martin Eisenring.** Die CVP-Fraktion möchte auch nicht, dass es zurück auf Feld 1 geht. Ein Grossteil der gestellten Fragen ist geklärt. Eine wichtige Frage wurde aber im stadträtlichen Antrag ausgeblendet und auch von den Kommissionen nicht behandelt. Es ist Aufgabe dieser Kommissionen und dieses Rates, die Geschäfte seriös vorzubereiten. Es besteht auch kein zeitlicher

Druck. Es kann nicht sein, dass dieses Thema einfach vertuscht und in den Vorlagen nicht angesprochen wird. Das ist ein unredliches Vorgehen - falls es dann so gemacht wurde. Die Campingwagen müssen sich auch irgendwo entleeren. Sie stehen also nicht umsonst hier

**Stadtrat André Wicki:** Es gibt keine neuen Erkenntnisse. Interne und externe Abklärungen haben bereits stattgefunden. Es ist in den letzten Jahren vom Zirkus Knie erprobt worden, dass es an der Allmendstrasse bestens funktioniert.

### **Abstimmung**

über den Rückweisungsantrag von Martin Eisenring namens der CVP-Fraktion:

Für den Rückweisungsantrag stimmen 12 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 21 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass der GGR mit 12:21 Stimmen den Rückweisungsantrag abgelehnt hat.

**Barbara Stäheli** beginnt mit dem Preis: CHF 232'500.00 kostet die Stadt die Multifunktionsanlage. Dafür erhält sie, respektive die Bevölkerung, zwei Sportplätze, welche vielfältige sportliche Betätigungen zulassen. Nicht alle Jugendlichen sind in Vereinen, bewegen sich aber trotzdem gerne und möchten sich mit Kollegen zu einem Basketball- oder Fussballspiel treffen. Diese Plätze sind eigentliche Spielplätze für die Jugendlichen. Nachdem nun in den letzten Jahren die Spielplätze für die Vorschulkinder und Schulkinder saniert und erneuert wurden, ist es wichtig und richtig, dass die folgende Altersgruppe nicht vergessen wird. Der Kanton erhält für den gleichen Betrag eine Sportanlage, welche während der Schulzeit für den Turnunterricht des Kaufmännischen Bildungszentrums reserviert ist. Würde der Kostenteiler proportional der zur Verfügung stehenden Stunden berechnet, wäre der Beitrag der Stadt nach der Rechnung von Barbara Stäheli wohl bescheidener. Offenbar stimmt das aber nicht. Da dieser Kostenteiler auf einer Vereinbarung aus dem Jahre 2012 beruht, lässt sich daran vermutlich nichts rütteln und die zeitliche Nutzung wäre auch nur ein Faktor. Die Multifunktionsanlage ist ein Gewinn für die Stadt und den Kanton und um ein x-faches sinnvoller als den Platz als Parkplatz zu nutzen. Die bewegungsfreudigen Jugendlichen werden den Platz mit Begeisterung in Beschlag nehmen. Die SP wird dieser Vorlage zustimmen.

**Astrid Estermann:** Die Fraktion Alternative-CSP ist einstimmig für die Vorlage. Zug West ist in den letzten Jahren gewachsen und wird das weiter tun. Es gibt mehr Kinder und es braucht mehr Schulraum. Die Kinder werden auch grösser. Es ist daher wichtig, dass auch die Jugendlichen einen Platz finden, um sich sportlich zu betätigen anstatt rumzuhängen. Es gibt zwar im Herti bereits sehr viele Sportanlagen, sie sind aber praktisch ausschliesslich für Vereine und die Schulen reserviert. Es sind auch sehr viele Rasenplätze, die ausserhalb der offiziellen Schul- und Vereinstätigkeiten nicht betreten werden dürfen. Es bietet sich hier eine echt gute Chance, diese beiden Plätze zu erhalten, die von den sportbegeisterten Jugendlichen unkompliziert genutzt werden können. Diese Investition ist sehr gut. Astrid Estermann hofft auch, dass die Einsprachen möglichst bald abgelehnt werden. Es kann wohl nicht sein, dass dem Projekt nicht zugestimmt wird. Als diese Leute dorthin zogen, bestanden die Sportanlagen bereits. Zudem ist die Nachtruhe gewährleistet. Astrid Estermann sieht also keinen Grund, diese Einsprachen gutzuheissen, und hofft, dass die Plätze bald realisiert werden können..

**Roman Burkard:** Die FDP unterstützt grundsätzlich Bestrebungen, sportliche Aktivitäten insbesondere für Jugendliche zu fördern. Dabei gilt es aber zu beachten, dass eine gesteigerte Erwartungshaltung und die damit verbundenen Kosten immer kritisch hinterfragt werden

müssen. Innerhalb der Fraktion wurde der Aspekt diskutiert, dass das Projekt der Multifunktionsanlage eher eine Luxusausführung ist. Auch stellt sich die Frage, inwiefern die Anlage zur Belebung des Arenaplatzes beiträgt, zumal es sich um ein geschlossenes Sportfeld handelt. Auf der anderen Seite unterstützt die FDP-Fraktion, wie bereits erwähnt, die Bestrebungen, sportliche Aktivitäten von Jugendlichen zu fördern. Ausserdem ist der Investitionsbetrag überschaubar zumal sich der Kanton mit 50% an den Erstellungs- und Unterhaltskosten beteiligt. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates grossmehrheitlich zu.

**David Meyer:** Die Stadt Zug erhält für den halben Preis einen doppelten Platz. Grundsätzlich muss also jemand erklären, weshalb man das nicht nehmen soll. Es ist eine Eigenheit, dass Wohnwagen sehr mobil sind. Sie gehören auch nicht zwingend auf diesen Platz. Hier bietet sich somit eine Chance, diesen ziemlich toten Arenaplatz und den total toten Zwischenraum sinnvoll und strukturiert zu nutzen. Deswegen sollte diese Chance auf jeden Fall gepackt werden.

**Jürg Messmer** spricht nicht namens der SVP-Fraktion, sondern für sich persönlich: Am 31. März 2016 konnte man in der Neuen Zuger Zeitung bereits lesen, dass gegen dieses geplante Projekt bereits zwei Einsprachen eingegangen sind. Hinterfragt werden einerseits die Öffnungszeiten und auch der Lärm. Jürg Messmer erinnert bezüglich Lärm an einen früheren Fall. Damals gab es ebenfalls aus diesem Grund Einsprachen. Jürg Messmer erinnere an Oberwil. Damals konnten die Rebels auf dem Schulhausplatz normal spielen. Plötzlich fanden die Anwohner, es sei doch ein wenig zu lärmig. Jürg Messmer ist keinesfalls gegen den Sport und mag jedem seinen Sportplatz gönnen. Aus seiner Sicht ist aber das vorliegende Projekt, so wie es jetzt daher kommt, einfach nicht ausgereift. Irgendwo ist der Bock drin. "Machen Sie sich Ihre Gedanken, was wir mit diesem Projekt machen wollen. Ich befürchte, am Schluss stehen alle mit heruntergelassenen Hosen aber ohne Sportplatz da."

**Philip C. Brunner** verwirrt diese Diskussion, wenn er die Grössenordnung dieser Investition anschaut. Wenn über CHF 50 Mio. für ein Fussballstadion oder ein Eishockeystadion diskutiert würde, müsste man gewissen Bedenken, die hier geäussert worden, Rechnung tragen. Hier ist aber das aufliegende Preis-/Leistungsschild fantastisch. Wenn man nur noch wegen zu befürchtenden Einsprachen keine Strassen, keinen Platz und nichts mehr machen will, dann kann man einpacken. Der Stadtrat hat hier etwas Vertrauen verdient. Dass im Verlauf des Projekts noch Fragen geklärt werden müssen, das liegt in der Natur der Sache. Es ist ein blöder Zufall, dass gerade der Zirkus Knie hier auf dem Bild ersichtlich ist. Das ist das letzte Argument, das noch hergeholt werden kann. Dass die Parklätze in der Allmend wegfallen, findet Philip C. Brunner auch nicht so toll, aber es hat jedes Projekt den einen oder anderen Punkt, der in der Liste von Plus oder Minus nicht so gut gefällt. "Wir müssen eine Entscheidung fallen. Bei diesem Betrag muss man nicht lange überlegen."

**Martin Eisenring:** Die Rückweisung ist Geschichte, da ist die CVP-Fraktion unterlegen und kann auch damit leben. Martin Eisenring möchte aber für sein Stimmverhalten vom Stadtrat wissen, ob die Stadt Zug den Platz zu diesem Preis bekommt und keine Folgekosten entstehen werden, weil die dortige Infrastruktur fehlen wird.

**Stadtrat André Wicki:** Es ist richtig und wichtig, voauszuschauen und die richtige Spielfeldgrösse zu bestellen. Was braucht es hier? Ein Spielfeld für die Durchführung von Meisterschaften, für die Abhaltung internationaler Wettkämpfe? Nein: hier braucht es eine Multifunktionsanlage für den Breitensport. Die Hauptsportarten sind Ballsportarten ohne Netz und nicht Volleyball. Volleyball wird international nicht auf Kunstrasen ohne Netz gespielt. Volleyball wird auch auf einem anderen Belag gespielt. Der Stadtrat hat auch mit dem LK Zug Volleyball telefoniert und

sich erkundigt, ob dort wirklich Wettkämpfe abzuhalten sind. Das wurde verneint. Der Platz wird zum Aufwärmen oder allenfalls einmal für ein Plauschturnier genutzt. Wettkämpfe finden in der Halle statt. Der Wunsch kam von der KBZ, für die Schülerinnen und Schüler ein Volleyballfeld anzubieten. Das ist hier mit 18 x 9 m eingezeichnet, also deutlich kleiner. Zur Frage, ob es technisch möglich ist, die Verlängerung um 1 m Richtung Bossard Arena und 2 m in die Tiefe zu machen: Möglich ist alles, aber technisch nicht gut. Die Spielfelder sind zwischen den beiden Zugangstoren zu den Trainingshallen gut platziert. Diesbezüglich wurden verschiedene Mitberichte der Zuger Polizei, der Feuerwehr, der Leiterin Abteilung Sicherheit usw. abgeholt. Alle haben oben 5 m und unten 6,51 m als perfekt bezeichnet. Da können bei Anlässen die Fussgängerströme gut durchgehen. Es sind zwei Einsprachen gegen das Baugesuch eingetroffen. Dabei geht es hauptsächlich um Lärm und die Betriebszeiten. Die Stadt kann sich nicht immer einschüchtern lassen. Dann kann man bei jedem kleinen Projekt gleich einpacken. Dieses Projekt ist ausgegoren. Sobald der GGR zugestimmt hat, wird zusammen mit dem Baugesuch auf die zwei Einsprachen eingegangen. Die Stadt wächst, also kann heute nicht gesagt werden, wo diese Installationen allenfalls in 20 Jahren gebraucht werden. Beim heutigen Platz braucht es sie aber nicht. Heute gibt es Installationen beim Hafen und auf dem Stierenmarktareal. Das genügt für heute, morgen und übermorgen. Stadtrat André Wicki appelliert an die Anwesenden: "Lassen Sie uns dieses Spiel zu Ende bringen, wir sind auf der Zielgerade. Sie schiessen das Goal."

#### **Beratung des Beschlussesentwurfes:**

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 bis 5 wird das Wort nicht verlangt.

**Ratspräsidentin Karin Hägi** erklärt so beschlossen.

#### **Schlussabstimmung**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 27:7 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

**Beschluss  
des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1637**

**betreffend Arenaplatz: Multifunktionsanlage zwischen Trainings- und Sporthalle; Objektkredit**

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2387 vom 23. Februar 2016:

1. Für den Bau einer Multifunktionsanlage auf dem Arenaplatz zwischen der Trainings- und der Sporthalle wird ein Objektkredit von brutto CHF 465'000.00 einschliesslich MWST zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 2224, Objekt Nr. 16, bewilligt.
2. Die Investition von CHF 465'000.00 wird mit jährlich 10% abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. b Finanzhaushaltgesetz).
3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Gegen diesen Beschluss kann
  - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
  - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

## 7. Wohnüberbauung Roost: Baukredit; Schlussabrechnung

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 1842.6 vom 2. Februar 2016

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1842.7 vom 21. März 2016

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

**Ratspräsidentin Karin Hägi** stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Detailberatung

**Philip C. Brunner, Präsident GPK:** Die Wohnüberbauung Roost hat CHF 28,8675 Mio. gekostet und war ein langjähriger Prozess. Eine 10jährige Geschichte kommt heute zum Ende. Die GPK empfiehlt mit 5:0 Stimmen die Gutheissung dieser Schlussabrechnung. Bewegt hat die GPK das System der Kostenberechnung. Es wird nicht das letzte Mal sein, dass darüber diskutiert werden muss. Gestern behandelte die GPK das gleiche Thema zum Projekt Neustadt 2. Die Finanzkontrolle hat das Ganze genau geprüft und ist damit einverstanden. Philip C. Brunner bedankt sich bei allen Beteiligten - nicht nur diejenigen auf dem politischen Parkett, sondern auch diejenigen auf dem Bauplatz oder im Baudepartement - die sich jahrelang mit diesem grossen Projekt für diese Stadt auseinandergesetzt und ihren Teil zum guten Ende beigetragen haben.

**Stefan Hodel:** Was lange währt, wird endlich gut, könnte man nach dem Lesen der Schlussabrechnung sagen. Die Fraktion Alternative-CSP freut sich, dass die Kosten um stattliche zwei Millionen unterschritten wurden. Auch ihr sind jedoch die grossen Unterschiede zwischen dem Baukredit und der Bauabrechnung bei den einzelnen Abrechnungsposten aufgefallen. Vielleicht liegt der Grund auch in den vielen Jahren, die inzwischen vergangen sind. Sind es doch nun schon mehr als zehn Jahre her, seit der Grosse Gemeinderat den Baukredit bewilligt hat. Im Mai 2012 konnten die Mieter die neuen städtischen Wohnungen im Roost beziehen. Bis zum Vorliegen der Schlussabrechnung sind also mehr als 3 ½ Jahre vergangen. Warum ging dies so lange? Die Mieter, welche vor bald vier Jahren dort eingezogen sind, wissen noch immer nicht, wie hoch die definitive Miete sein wird. Auf Nachfrage wurden die Mieter immer wieder getröstet. Die Fraktion Alternative-CSP geht nun davon aus, dass aufgrund der Kostenunterschreitung auch die Mieten nach unten angepasst werden können. Wird die zu viel bezahlte Miete angerechnet oder zurückerstattet? Vielleicht kann der Stadtrat diese Frage beantworten?

**Stadtrat Karl Kobelt** beantwortet die Frage von Stefan Hodel wie folgt: In der provisorischen Verfügung zur Festlegung der maximalen Mietzinse wurde bereits eine Kostenunterschreitung berücksichtigt. Insgesamt wird sich der maximale Mietzins daher nur unwesentlich verändern. Basierend auf der stetigen Senkung des Referenzzinssatzes auf heute 1,75% müssen die Mietzinse jedoch gesenkt werden. Dies geschieht nach Erteilung der definitiven WFG-Verfügung und wird rückwirkend über eine Rückerstattung vorgenommen. Mit dem Amt für Wohnungswesen wurde dieses Vorgehen so besprochen. Die definitive Verfügung wird nun nach Genehmigung der Bauabrechnung im GGR in den nächsten Wochen beantragt. Die Mietzinsanpassung wird nach der definitiven Verfügung rückwirkend vorgenommen. Über den Umfang kann Stadtrat Karl Kobelt noch keine Aussagen machen. Die Mieterinnen und Mieter

wurden über dieses Vorgehen per Schreiben im Februar 2016 informiert. Es gab nach Kenntnis von Stadtrat Karl Kobelt keine negativen Rückmeldungen. Der Einzug der ersten Mieter im Roost erfolgte im April 2012. Der Bezug erfolgte gestaffelt bis Ende 2012. Die Umgebungsarbeiten wurden Ende Juni 2013 abgeschlossen. Die Verzögerung der Bauabrechnung gründet sich unter anderem im krankheitsbedingten Ausfalls des Vorgängers von Paul Knüsel als Leiter Hochbau und den entsprechenden personellen Engpässen sowie der hohen Prioritäten anderer Geschäfte.

**Stadtrat André Wicki:** Vielen Dank!

**Beratung des Beschlussesentwurfes:**

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 bis 4 wird das Wort nicht verlangt.

**Ratspräsidentin Karin Hägi** erklärt so beschlossen.

**Schlussabstimmung**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 32 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs dem Antrag des Stadtrates zu.

**Beschluss  
des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1638**

**betreffend Wohnüberbauung Roost: Baukredit; Schlussabrechnung**

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 1842.6 vom 2. Februar 2016:

1. Die Schlussabrechnung des Baukredits für die Wohnüberbauung Roost mit ausgewiesenen Baukosten im Betrage von CHF 28'867'504.50 wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Gegen diesen Beschluss kann
  - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
  - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

## 8. Mitteilungen

**Etienne Schumpf** wird per Ende Mai 2016 aus dem Grossen Gemeinderat der Stadt Zug zurücktreten, da er im Ausland einen Job angetreten hat und anfangs Juni nach London ziehen wird. Die Arbeit im Grossen Gemeinderat und in der Geschäftsprüfungskommission hat ihm unglaublich viel Freude bereitet. Der Diskurs mit anderen Parteien hat ihn immer wieder fasziniert, weil trotz den hitzigen Diskussionen immer mehrheitsfähige Lösungen entstanden sind, die dem Wohle der Stadt Zug gedient haben. Etienne Schumpf wünscht seinen Ratskolleginnen und -kollegen bei der Ausübung ihres Amtes weiterhin viel Freude und bedankt sich für die sehr gute Zusammenarbeit.

**Simon Rohrer** gibt seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat auf Ende Juni bekannt, weil er aus der Stadt Zug wegzieht. Es fällt ihm sehr schwer, dieses Amt abzugeben, hat er doch die Arbeit immer sehr gerne gemacht. Er wird die Zusammenarbeit mit allen hier im Rat vermissen. Simon Rohrer wird nicht weit weg ziehen, sondern nur nach Baar.

**Stefan Moos:** Für Etienne Schumpf wird Matthias Wetzel und für Simon Rohrer Joshua Weiss von der FDP-Fraktion nachrutschen. Damit wird die FDP-Fraktion stark verjüngt.

**Michèle Kottelat** informiert, dass ihr Nachfolger Stefan Murer sein wird. Damit wird auch die glp stark verjüngt.

**Ratspräsidentin Karin Hägi** dankt allen Austretenden. Nun noch folgende Mitteilungen:

- Gestern hat die konferenzielle Anhörung zum Gemeindegesetz stattgefunden. Somit ist die Meinung aller abgeholt. Die Anwesenden waren alle mit dem Vorschlag des Regierungsrates einverstanden. Es können nun noch schriftliche Eingaben folgen. Sobald alles klar ist, wird vor den Sommerferien im Kantonsrat das Geschäft behandelt. Dann liegt es am Grossen Gemeinderat, das auch möglichst schnell zu behandeln, damit im Dezember nach neuer GSO das Büro bestellt werden kann.
- Das Büro GGR hat beschlossen, dieses Jahr keinen GGR-Ausflug durchzuführen, haben doch in den vergangenen Jahren nur noch sehr wenige teilgenommen. Es soll auch ein Beitrag an die Sparbemühungen sein. Als Ersatz und erstmaliger Versuch wird es nach der letzten Sitzung vor den Sommerferien am 28. Juni 2016 einen Aperero geben.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

**Dienstag, 10. Mai 2016, 17.00 Uhr**

Für das Protokoll  
Martin Würmli, Stadtschreiber